

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1997

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

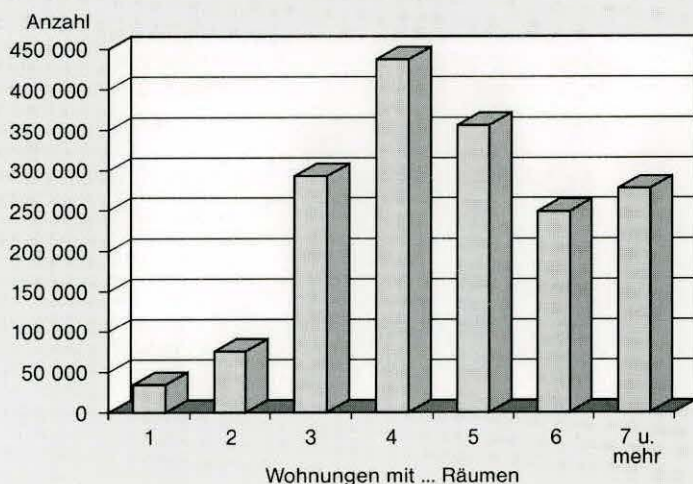
September

Oktober

November

Dezember

Struktur des Wohnungsbestandes
am 31. 12. 1996



Inhalt

Verschuldung des Landes und der Kommunen

- 139 Der Schuldenstand des Landes und der Kommunen ist im Jahre 1996 erneut gestiegen. Die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Schuldendienst ist erheblich.

Personalcontrolling

- 144 Personalcontrolling ersetzt nicht die Aufgaben des Personalmanagements, nämlich Leit- und Lenkungenfunktionen wahrzunehmen sowie Personalstrategien umzusetzen, sondern unterstützt diese. Hier soll insbesondere aufgezeigt werden, welche Instrumente dem Personalcontrolling zur Optimierung von Personalstrukturen und -kosten zur Verfügung stehen.

Die Bautätigkeit im Jahre 1996

- 153 Im Jahre 1996 wurden in Rheinland-Pfalz erneut weniger Baugenehmigungen ausgesprochen. Beim Bau neuer Mietwohnungen mußte die Bauwirtschaft hohe Nachfrageverluste hinnehmen. Einfamilienhäuser erfreuen sich dagegen wieder größerer Beliebtheit.

Anhang

- 49 * Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
55 * Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Schuldenstand der öffentlichen Haushalte um 6 % gestiegen

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz ist im Jahre 1996 um 6 % auf insgesamt 45 325 Mill. DM gestiegen. Davon entfielen auf das Land 30 857 Mill. DM, auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 8 002 Mill. DM, auf die Eigenbetriebe 6 262 Mill. DM und auf die öffentlichen Krankenanstalten 204 Mill. DM.

Die Belastung des Landeshaushalts durch die wachsende Verschuldung hat im Laufe der Zeit erheblich zugenommen. Im Jahre 1995 wurden 31 % der Gesamteinnahmen für Zins und Tilgung der Schulden verwendet. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Hier sinkt seit Jahren die Schuldendienstbelastungsquote, auch als Folge der forcierten Ausgliederung von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten; im Jahre 1996 lag sie bei gut 8 %.

Die kreisfreien Städte haben mit 2 805 DM je Einwohner die höchste Verschuldung im kommunalen Bereich. Sie liegt um 800 DM über dem Durchschnitt. Mit 3 944 DM je Einwohner tragen die Koblenzer Bürgerinnen und Bürger die größte Schuldenlast. Neben den verschuldeten Kommunen gab es im Jahre 1996 insgesamt 737 rheinland-pfälzische Gemeinden, die vollkommen schuldenfrei waren. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 139.

Personalcontrolling: Begriff – Ziele – Aufgaben – Instrumente

Auch im öffentlichen Bereich nimmt der Personalfaktor eine immer größere Bedeutung an, wie die Entwicklung der Personalkosten und der Beschäftigtenzahlen zeigen. Deshalb muß sich ein – allseits propagiertes – Controlling angesichts knapper werdender finanzieller Mittel auch auf den personalwirtschaftlichen Bereich erstrecken.

Mit einem Personalcontrolling als organisatorisch selbständige Funktion wird ein Instrumentarium geschaffen, das

- die Personalplanung mit dem Ziel einer Erhöhung von Effektivität und Effizienz der Personalwirtschaft sicherstellt,
- die für betriebliche Entscheidungen notwendigen Informationen zeitnah bereitstellt,

- die Koordination in der Personalwirtschaft sichert und optimiert und
- die Flexibilität in bezug auf die notwendige Reaktions- und Anpassungsfähigkeit erhöht.

Neben der allgemeinen Bestimmung des Begriffs „Personalcontrolling“ und der Darstellung der Ziele und Aufgaben des Personalcontrolling werden – neben der Personalkostenbudgetierung – die wichtigsten Instrumente, die zur Erfüllung der Personalcontrollingaufgaben eingesetzt werden können und einen Beitrag zur Realisierung personalwirtschaftlicher Ziele leisten, erläutert. Auch das Thema „computergestütztes Personalcontrolling“ wird aufgegriffen. lüb

Mehr über dieses Thema auf Seite 144.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar – Mai		Veränderung
	1996	1997	
	Mill. DM		%
Landessteuern	789,7	468,7	– 40,6
Vermögensteuer	185,4	32,2	– 82,6
Erbschaftsteuer	138,1	– 22,0	X
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	–	17,5	X
Kraftfahrzeugsteuer	335,5	325,8	– 2,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	71,8	80,2	11,8
Feuerschutzsteuer	22,5	0,7	– 97,0
Biersteuer	36,4	34,3	– 5,9
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen¹⁾	2 448,7	2 214,8	– 9,6
Lohnsteuer	2 140,7	2 065,7	– 3,5
Veranlagte Einkommensteuer	– 117,7	– 206,2	X
Kapitalertragsteuer	52,2	74,7	43,1
Zinsabschlag	156,1	132,6	– 15,1
Körperschaftsteuer	217,4	148,0	– 31,9
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 853,0	1 775,7	– 4,2
Umsatzsteuer	1 476,2	1 393,2	– 5,6
Einfuhrumsatzsteuer	376,7	382,5	1,5
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	30,6	31,9	4,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	19,1	18,5	– 3,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	46,7	48,7	4,1
Insgesamt	5 187,8	4 558,2	– 12,1

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Auch 1996 Rezession im Wohnungsbau Eigenheimbau „Silberstreif“ am Konjunkturmarsch

Die rezessive Gesamtentwicklung im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau setzte sich nach den starken Nachfrageeinbußen des Jahres 1995 auch im Jahre 1996 fort. Mit insgesamt 25 692 erteilten Baugenehmigungen für neue Wohnungen ging die Nachfrage erneut um rund 7 000 Einheiten (– 21,6 %) zurück. Hauptursache für den Rückgang ist die schwächere Investitionsneigung im Mietwohnungsbau. In Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen sollen 10 316 Wohneinheiten errichtet werden, das sind 39 % weniger als 1995 (16 904).

Anders als im Mietwohnungsbau verlief die Entwicklung beim Bau von Einfamilienhäusern positiv. Im Berichtsjahr wurden Freigaben für die Errichtung von 7 039 Eigenheimen erteilt, 8,5 % mehr als 1995 (6 488) registriert worden waren.

Die veranschlagten Baukosten im Wohnbau beziffern sich 1996 auf gut 5,5 Mill. DM. Im Vorjahr hatten die Bauherren Gesamtinvestitionen von mehr als 6,4 Mill. DM für neue Wohnbauten vorgesehen.

Auch im Sektor Nichtwohnbau ging 1996 die geplante Bauproduktion zurück. Die Höhe des Investitionsvolumens blieb mit rund 2,1 Mrd. DM gegenüber 1995 aber nahezu konstant.

Mehr über dieses Thema auf Seite 153.

Fremdenverkehr spürt Auswirkungen der Gesundheitsreform

In den ersten drei Monaten des Jahres verzeichneten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe eine leichte Zunahme bei den Gästezahlen. Mit 880 000 Besuchern wurden fast 7 000 Ankünfte (+ 0,8 %) mehr gezählt als im ersten Quartal 1996. Die Übernachtungszahlen waren im gleichen Zeitraum allerdings rückläufig. So wurden mit 2,8 Mill. fast 200 000 Übernachtungen (– 6,4 %) weniger gebucht als im ersten Quartal des Vorjahres.

Ein wesentlicher Grund für die negative Entwicklung der Übernachtungen ist in den Einsparungen im Gesundheitswesen zu suchen. Die Daten der Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik zeigen, daß in den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten die Übernachtungszahlen gegenüber dem ersten Vierteljahr 1996 um fast 32 % auf 478 000 zurückgingen. Die Gästezahlen reduzierten sich hier um 22 % auf 20 500. Ohne Berücksichtigung der Kureinrichtungen nahm die Zahl der Gäste um 1,5 %, die der Übernachtungen um 1,2 % zu.

Auch die Hotels blieben hinter der Entwicklung des ersten Vorjahresquartals zurück. Bedingt durch eine kürzere Verweildauer gingen die Übernachtungsziffern um 3,6 % auf 910 000 zurück. Die Gästezahlen verbesserten sich jedoch um 2,2 % auf fast 453 000. Ein positiver Trend zeigte sich in der Vorsaison bei den Ferienzentren und Ferienhäusern. Während die Ferienzentren ihre Übernachtungen von Januar bis März um 11 % ausweiten konnten, legten die Ferienhäuser sogar um 26 % zu.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Mai 1997

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu Mai 1996 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	115,8	1,5
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	111,7	1,5
Bekleidung, Schuhe	109,8	0,5
Wohnungsmieten	128,0	2,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	101,0	2,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	111,6	0,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	114,5	1,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,6	– 0,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,2	2,4
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	123,6	2,2
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	116,2	1,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	116,1	1,5
2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	117,6	2,3
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	118,4	1,6

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Verschuldung des Landes und der Kommunen

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz ist im Jahre 1996 um 6 % auf insgesamt 45 325 Mill. DM gestiegen. Davon entfielen auf das Land 30 857 Mill. DM, auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 8 002 Mill. DM, auf die Eigenbetriebe 6 262 Mill. DM und auf die öffentlichen Krankenanstalten 204 Mill. DM. Insbesondere beim Land hat die Verschuldung erheblich zugenommen, und zwar um 8,4 %. Die Kommunen griffen kaum auf zusätzliche Fremdmittel zurück, denn mit 0,1 % war die Zunahme äußerst gering. Ihre Eigenbetriebe benötigten dagegen deutlich mehr Fremdkapital, nämlich 2,6 %. Auch die Krankenanstalten erhöhten ihren Schuldenstand um 12 %.

Jeder rheinland-pfälzische Bürger trägt demnach einen Anteil von fast 11 400 DM des Schuldenstandes. Im Jahre 1995 waren es fast 600 DM weniger gewesen. Zu Beginn der 90er Jahre lag die Pro-Kopf-Verschuldung noch deutlich unter 10 000 DM je Einwohner.

Zunehmende Bedeutung der Wertpapierschulden des Landes

Das meiste Geld leiht sich das Land von den inländischen Banken und Sparkassen. Sie sind mit 63,9 % der Hauptgläubiger des Landes. Seit der erstmaligen Ausgabe von Landesobligationen und -schatzanweisungen im Jahre 1992 hat die Bedeutung der Wertpapierschulden für das Land sehr schnell zugenommen. Heute beläuft sich ihr Anteil bereits auf 26,8 %.

Die Schulden des Landes bei öffentlichen Haushalten ändern sich seit Jahren kaum. Sie stellten im Jahre 1996 einen Anteil von 3,9 %. Die Mittel kommen nahezu vollständig vom Bund und vom Lastenausgleichsfonds und werden für den Wohnungsbau eingesetzt.

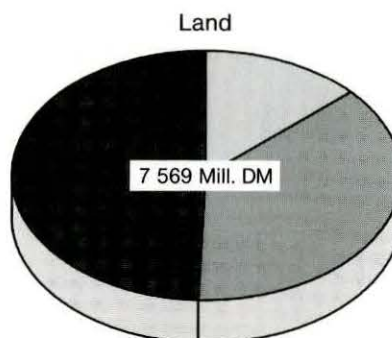
Zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen mußte das Land auch Kassenverstärkungskredite aufnehmen. Sie beliefen sich im Jahre 1996 auf 440 Mill. DM. Ein Jahr zuvor waren noch 780 Mill. DM erforderlich gewesen.

Die Haftungssumme des Landes für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen betrug im Jahre 1996 insgesamt 632 Mill. DM. Auch hier ist seit Jahren eine steigende Tendenz zu beobachten.

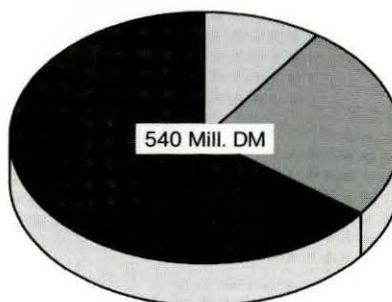
Hohe Schuldenaufnahmen und Tilgungen

Die Schuldenaufnahmen des Landes beliefen sich im Jahre 1996 auf 7 569 Mill. DM. Fast die Hälfte davon hat eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren, 37 % wurden für vier bis unter zehn Jahre ausgeliehen, und 13 % stehen weniger als vier Jahre zur Verfügung. Die Schulden-

Schuldenaufnahme des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände 1996 nach der Laufzeit der Schulden



Gemeinden und Gemeindeverbände



Schuldenaufnahme
mit einer Laufzeit von

- weniger als 4 Jahre
- 4 bis 10 Jahre
- 10 Jahre und mehr

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 80/97/Mo

Schulden des Landes 1990 bis 1996 nach Schuldenarten

Schuldenart	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	1 000 DM						
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	20 734 223	22 016 028	23 414 805	24 431 403	25 960 878	27 231 165	29 638 612
Ausgleichsforderungen	160 814	148 370	135 533	122 290	109 131	–	–
der Deutschen Bundesbank	–	–	–	–	–	–	–
der Banken und Sparkassen	70 479	56 009	40 846	24 229	7 239	–	–
der Versicherungsunternehmen	7 097	5 462	3 827	2 164	578	–	–
der Postgiro- (Postsparkassen-) ämter	4 249	4 249	4 249	4 249	4 249	–	–
des Ankaufsfonds der Deutschen Bundesbank	78 866	82 555	86 544	91 610	97 054	–	–
der sonstigen Gläubiger	123	95	67	38	11	–	–
Kreditmarktschulden im engeren Sinne	20 573 409	21 867 658	23 279 272	24 309 113	25 851 747	27 231 165	29 638 612
Anleihen	480 000	480 000	480 000	480 000	480 000	480 000	480 000
Kassenobligationen	450 000	1 000 000	1 155 000	775 000	625 000	625 000	625 000
Landesobligationen, -schatzanweisungen	–	–	1 807 000	4 280 000	5 223 000	5 088 000	7 178 000
Schulden bei							
inländischen Banken und Sparkassen	15 350 123	16 202 909	16 239 510	15 902 918	16 780 124	18 895 119	19 730 612
inländischen Bausparkassen	–	–	–	–	–	–	–
inländischen Versicherungsunternehmen	3 197 500	2 975 500	2 429 000	1 878 500	1 411 000	1 110 000	806 000
Bundesbahn und Bundespost	93 000	73 000	30 000	20 000	10 000	–	–
der Bundesanstalt für Arbeit	–	–	–	–	–	–	–
öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	283 381	271 324	233 762	168 695	63 623	27 046	17 000
sonstigen Sozialversicherungen	3 405	70 425	80 000	5 000	210 000	100 000	–
sonstigen inländischen Stellen	187 000	185 500	201 000	119 000	289 000	196 000	157 000
ausländischen Stellen	529 000	609 000	624 000	680 000	760 000	710 000	645 000
DM-Schulden	529 000	609 000	624 000	680 000	760 000	710 000	645 000
Fremdwährungsschulden	–	–	–	–	–	–	–
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 219 148	1 239 904	1 252 841	1 254 565	1 246 212	1 239 206	1 218 240
Beim Bund und Lastenausgleichsfonds	1 219 041	1 239 806	1 252 752	1 254 486	1 246 143	1 239 148	1 218 193
für Wohnungsbau	1 215 516	1 236 282	1 250 396	1 253 298	1 246 123	1 239 129	1 218 175
sonstige	3 525	3 524	2 356	1 188	20	19	18
Beim ERP-Sondervermögen	107	98	89	79	69	58	47
Bei Ländern	–	–	–	–	–	–	–
Bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	–	–	–	–	–	–	–
Bei Zweckverbänden	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	21 953 371	23 255 932	24 667 646	25 685 968	27 207 090	28 470 371	30 856 852
Nachrichtlich							
Kassenverstärkungskredite	202 826	502 955	297 678	480 000	99 000	780 000	440 000
Buchkredite der Deutschen Bundesbank	135 326	27 955	17 678	–	–	–	–
sonstige Kassenverstärkungskredite	67 500	475 000	280 000	480 000	99 000	780 000	440 000
Innere Schulden	18	17	15	14	12	10	9
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen (Haftungssumme insgesamt)	496 968	532 267	533 004	565 638	573 622	637 002	631 538
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	–	–	–	–	30 500	30 500	30 932

aufnahmen erfolgten überwiegend, nämlich zu 57 %, bei inländischen Banken und Sparkassen, wobei der mittlere Laufzeitenbereich bevorzugt worden ist. Bei den Landesobligationen und -schatzanweisungen, die 41 % der Schuldenaufnahmen stellen, lag der Schwerpunkt bei zehn und mehr Jahren Laufzeit.

Das Land mußte im Jahre 1996 insgesamt 4 311 Mill. DM seiner Schulden tilgen. Hauptsächlich handelte es sich hierbei um Rückzahlungen an inländische Banken und Sparkassen. Auch in den kommenden Jahren werden die Tilgungen ein ähnliches Niveau erreichen, denn von den Ende 1996 nachgewiesenen Kreditmarktschulden werden 4 098 Mill. DM im Jahre 1997 und 3 916 Mill. DM im Jahre 1998 fällig.

Schnelle Zunahme der Verschuldung des Landes seit 1965

Verglichen mit der Situation Mitte der 50er Jahre hat sich die Struktur der Verschuldung des Landes erheblich geändert. Im Jahre 1955 hatte das Land Schulden in Höhe von 1 174 Mill. DM. Nahezu die Hälfte waren Ausgleichsforderungen, ein Drittel stammte von öffentlichen Verwaltungen und nur ein Fünftel wurde vom Kreditmarkt bereitgestellt. Die Bedeutung der Ausgleichsforderungen, die im Zuge der Währungsreform 1948 entstanden waren, hat im Laufe der Jahre sehr schnell abgenommen; im Jahre 1995 sind sie vollständig abgebaut worden.

Im Zeitraum von 1955 bis 1965 erhöhte sich der Schuldenstand des Landes nur um 38 %. In der folgenden Dekade war der Zuwachs mit 237 % sehr hoch. Aufgrund der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Situation, der durch staatliche Konjunkturprogramme begegnet wurde, lag die Zunahme des Schuldenstandes im Zeitraum von 1975 bis 1985 bei 204 %. Durch die Konsolidierungsbemühungen konnte der Anstieg seither auf 86 % begrenzt werden.

Die Belastung des Landeshaushalts durch die wachsende Verschuldung hat im Laufe der Zeit erheblich zugenommen. Im Jahre 1955 wurden knapp 5 % der Gesamteinnahmen für Zins und Tilgung ausgegeben. Bis zum Jahre 1975 erhöhte sich die Schuldendienstbelastungsquote auf knapp 9 %, wobei der Wert Mitte der 60er Jahre bei etwa 3 % lag. Von 1976 bis 1984 stieg die Quote von 10 % auf 21 %. In den folgenden Jahren bis 1991 konnte dieser Wert aufgrund der erfolgreichen Konsolidierung nahezu konstant gehalten werden. Wegen der seit dem Jahre 1992 stark gestiegenen Tilgungen hat sich die Schuldendienstbelastungsquote sprunghaft auf 27 % erhöht. Im Jahre 1995 wurden 31 % der Gesamteinnahmen für Zins und Tilgung der Schulden verwendet.

Kreisfreie Städte mit höchster Pro-Kopf-Verschuldung

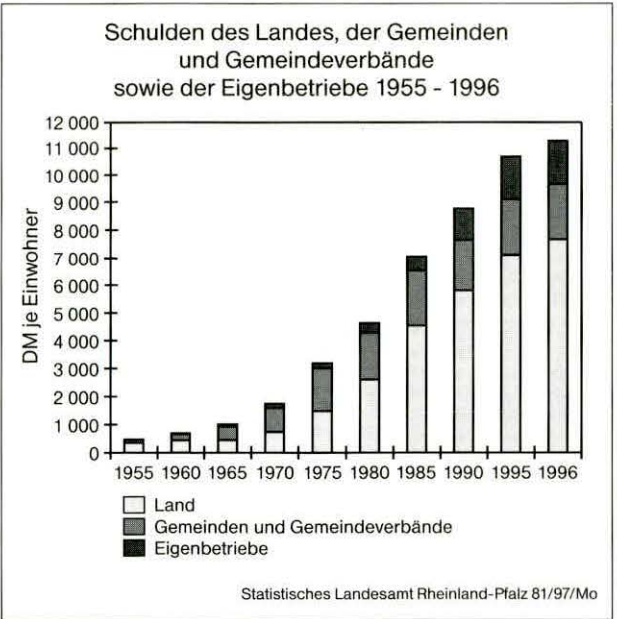
Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände stagnierte im Jahre 1996 nahezu. Die Kredite waren zu 43 % bei inländischen Girozentralen und Lan-

desbanken aufgenommen, 32 % stammten von Kreditinstituten und 21 % von Sparkassen. Wertpapierschulden gab es im kommunalen Bereich nicht. Auch die Schulden bei öffentlichen Verwaltungen spielten mit knapp 2 % eine untergeordnete Rolle. Zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen mußten die Gemeinden und Gemeindeverbände Kassenverstärkungskredite in Höhe von 665 Mill. DM aufnehmen. Die Bürgschaftsverpflichtungen beliefen sich auf 1 801 Mill. DM, auch hier ist wie beim Land eine steigende Tendenz zu beobachten.

Im Jahre 1996 waren 737 rheinland-pfälzische Gemeinden vollkommen schuldenfrei. Die kreisfreien Städte hatten mit 2 805 DM die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Sie lag um 800 DM über dem Durchschnitt. Die verbandsfreien Gemeinden hatten einen Schuldenstand von 1 427 DM je Einwohner, die Ortsgemeinden von 649 DM je Einwohner, die Verbandsgemeinden von 475 DM je Einwohner und die Landkreise von 538 DM je Einwohner. Allgemein gilt, daß mit zunehmender Einwohnerzahl einer Gemeinde auch die Pro-Kopf-Verschuldung steigt. Der Abstand der einzelnen Größenklassen vom jeweiligen Durchschnittswert der Gebietskörperschaftsgruppe ist bei den Ortsgemeinden mit 648 DM je Einwohner am größten und bei den Verbandsgemeinden mit 58 DM je Einwohner am geringsten. In den kreisfreien Städten liegt er bei 525 DM je Einwohner und in den verbandsfreien Gemeinden bei 339 DM je Einwohner.

Gemeinden bevorzugen lange Laufzeit bei Schuldenaufnahmen

Im Jahre 1996 nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände 540 Mill. DM neue Schulden auf. Sie wählten bei 65 % der Neuverschuldung eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren, 26 % hatten eine Laufzeit von vier bis unter zehn Jahren und 10 % von weniger als vier Jahren. Insbesondere die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden trugen zu dieser Entwicklung bei. Für Tilgungen wandten die Gemeinden und Gemeindeverbände 440 Mill. DM auf.



Schuldenstand, -aufnahme und -tilgung der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie
Schulden der Eigenbetriebe und kommunalen Krankenanstalten 1996 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände					Schulden der Eigen- betriebe am 31.12.1996	Schulden der Kranken- anstalten am 31.12.1996
	Schuldenstand am 31.12.1996			Schulden- aufnahme	Schulden- tilgung		
	insgesamt		darunter Kredit- markt- schulden				
				1996			
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM				
Kreisfreie Städte	2 852 436	2 805	2 799 827	86 643	117 440	945 601	129 786
Koblenz	430 946	3 944	430 714	16 809	17 983	143 904	4 293
Trier	338 030	3 406	336 698	23 832	12 562	111 678	–
Frankenthal (Pfalz)	108 518	2 235	105 576	360	3 610	54 379	128
Kaiserslautern	262 041	2 572	259 830	–	10 175	–	17 955
Landau in der Pfalz	91 098	2 280	81 121	–	5 368	19 068	4 160
Ludwigshafen am Rhein	531 508	3 182	512 962	12 221	14 262	98 181	81 325
Mainz	487 071	2 651	485 842	17 800	23 058	233 625	–
Neustadt a. d. Weinstraße	127 785	2 380	126 309	–	6 796	40 496	–
Pirmasens	102 798	2 148	98 777	5 100	5 737	77 948	8 523
Speyer	99 609	2 009	99 122	2 700	6 524	24 053	3 694
Worms	169 047	2 109	159 056	6 034	7 997	135 489	9 708
Zweibrücken	103 985	2 891	103 820	1 787	3 368	6 780	–
Landkreise	5 122 950	1 727	5 045 416	452 966	321 101	5 316 446	69 196
darunter							
große kreisang. Städte	519 362	1 985	508 534	35 502	25 083	224 310	–
RB Koblenz	2 429 258	1 756	2 398 096	202 613	154 118	2 623 754	34 111
Ahrweiler	200 571	1 597	199 244	9 312	12 851	232 133	–
Altenkirchen (Ww.)	282 929	2 090	279 728	35 598	19 732	324 408	22 693
Bad Kreuznach	242 022	1 553	234 636	20 126	14 543	264 499	–
Bad Kreuznach, St	122 544	2 840	117 996	8 448	5 065	50 444	–
Birkenfeld	187 707	2 072	187 388	22 611	11 446	203 124	–
Idar-Oberstein, St	81 344	2 366	81 065	2 304	3 076	48 254	–
Cochem-Zell	127 862	1 970	127 462	20 392	16 982	131 078	–
Mayen-Koblenz	436 409	2 129	429 242	23 075	16 453	242 195	11 418
Andernach, St	60 911	2 060	60 555	800	3 059	19 201	–
Mayen, St	40 266	2 044	38 321	550	1 556	6 159	–
Neuwied	332 195	1 857	329 181	23 705	21 819	295 953	–
Neuwied, St	110 253	1 637	109 915	11 544	6 594	6 607	–
Rhein-Hunsrück-Kreis	93 730	906	91 829	7 680	7 568	183 557	–
Rhein-Lahn-Kreis	238 018	1 869	232 418	22 430	16 369	360 193	–
Lahnstein, St	45 785	2 422	42 555	5 200	1 013	39 055	–
Westerwaldkreis	287 815	1 467	286 968	17 684	16 355	386 614	–
RB Trier	857 249	2 109	849 002	59 270	54 077	990 199	415
Bernkastel-Wittlich	232 608	2 051	228 313	14 057	12 849	337 842	–
Bitburg-Prüm	170 349	1 775	169 972	14 716	13 240	223 380	–
Daun	135 702	2 157	135 187	7 132	8 117	165 767	–
Trier-Saarburg	318 590	2 376	315 530	23 365	19 871	263 210	415
RB Rheinhessen-Pfalz	1 836 443	1 561	1 798 318	191 083	112 906	1 702 493	34 670
Alzey-Worms	242 292	2 065	240 835	24 962	12 155	206 621	–
Bad Dürkheim	269 322	2 059	259 659	15 563	16 428	224 821	3 756
Donnersbergkreis	170 116	2 229	168 326	20 464	11 487	166 577	8 733
Germersheim	110 129	923	104 168	10 222	8 132	59 984	20 860
Kaiserslautern	200 822	1 844	189 032	18 858	10 586	149 834	–
Kusel	156 209	1 971	155 890	13 367	8 550	135 375	–
Südliche Weinstraße	99 621	930	97 410	17 274	7 447	221 113	1 321
Ludwigshafen	168 183	1 167	165 511	20 450	7 844	111 998	–
Mainz-Bingen	337 889	1 796	336 023	49 128	25 546	288 864	–
Bingen am Rhein, St	24 198	981	24 117	5 223	1 382	54 590	–
Ingelheim am Rhein, St	34 061	1 421	34 010	1 433	3 338	–	–
Pirmasens	81 860	777	81 464	795	4 731	137 306	–
Bezirksverband Pfalz	26 592	19	26 592	–	1 790	–	5 119
Insgesamt	8 001 978	2 009	7 871 835	539 609	440 331	6 262 047	204 101

Der zusätzliche Fremdkapitalbedarf der kommunalen Eigenbetriebe betrug 547 Mill.DM. Auch sie verschuldeten sich weit überwiegend langfristig. Die Eigenbetriebe tilgten 292 Mill.DM.

Starker Schuldenanstieg bei den Kommunen bis 1975

Im Jahre 1955 betrug die Verschuldung der Kommunen lediglich 364 Mill.DM. Von 1955 bis 1965 erhöhte sich der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände um 373 %. Dieses Ergebnis ist vor allem auf den Wiederaufbau der lokalen Infrastruktureinrichtungen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen, der erhebliche Sachinvestitionen erforderte. In der folgenden Dekade kletterten die Schulden erneut um 233 %. In der Folgezeit schwächten sich die Zuwachsraten deutlich ab. Im Zeitraum von 1975 bis 1985 stiegen die Schulden nur um 27 %, seither haben sie um 10 % zugenommen. Die geringen Zuwächse der letzten Jahrzehnte sind allerdings nicht ausschließlich ein Erfolg der Konsolidierungsbemühungen, sondern Folge der forciert betriebenen Ausgliederung von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten und ihrer Überführung in Eigenbetriebe.

Die Schulden der Eigenbetriebe belaufen sich heute auf 6 262 Mill.DM, im Jahre 1955 waren es nur 48 Mill.DM. Ausgehend von dem niedrigen Ausgangsniveau stieg der Schuldenstand in den Wiederaufbaujahren bis 1965 rapide um 617 % an. In den folgenden zehn Jahren schwächten sich die jährlichen Zuwachsraten ab, so daß bis 1975 die Verschuldung um 103 % zunahm. Seither sind wieder deutlich größere Steigerungsraten zu beobachten, die auf die Ausgliederung und damit Übertragung der Schulden aus den kommunalen Haushalten zurückzuführen sind.

Belastung der Kommunalhaushalte durch Schuldendienst gesunken

Die Belastung der Haushalte von Gemeinden und Gemeindeverbänden durch Zins und Tilgung hat sich seit 1955 wesentlich anders entwickelt als die des Landeshaushalts. Sie mußten damals 5 % ihrer Gesamteinnahmen für Zins und Tilgung verwenden. Die Schulden-

dienstbelastungsquote stieg dann sehr schnell bis zum Jahre 1965 auf 9 % und danach bis 1975 auf 17 %. Bis 1980 kam es dann wohl insbesondere durch die Ausgliederung der kommunalen Krankenanstalten zu einem Rückgang auf 13,5 %. In den beiden Folgejahren war ein starker Anstieg der Belastung auf den bisherigen Höchstwert von knapp 21 % zu verzeichnen. Seit 1983 ist ein kontinuierliches Sinken bis auf gut 8 % im Jahre 1996 zu beobachten.

Schuldenstand in Koblenz am höchsten

Mit 3 944 DM je Einwohner lastet auf den Koblenzer Bürgerinnen und Bürgern der höchste Schuldenstand. Ihnen folgen die Trierer mit 3 406 DM je Einwohner und die Ludwigshafener mit 3 182 DM je Einwohner. Wenn die Schulden der Eigenbetriebe und der Krankenanstalten mitberücksichtigt werden, verschiebt sich das Niveau nach oben, die Reihenfolge bleibt unverändert. Den niedrigsten Schuldenstand unter den kreisfreien Städten verzeichnen Speyer (2 009 DM je Einwohner) und Worms (2 109 M je Einwohner). Auch wenn die Schulden der ausgegliederten Einrichtungen einbezogen werden, bleibt Speyer die kreisfreie Stadt mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung. Worms nimmt dann einen Mittelplatz ein.

Im Landkreisbereich ist das Verschuldungsniveau deutlich niedriger. Im Landkreis Trier-Saarburg wird mit 2 376 DM je Einwohner der höchste Wert registriert, gefolgt vom Donnersbergkreis mit 2 229 DM je Einwohner. In weiteren 14 Landkreisen liegt der Schuldenstand des Kreises, der Verbandsgemeinden und Gemeinden je Einwohner über dem Durchschnitt. Der Landkreis Pirmasens weist mit 777 DM die geringste Pro-Kopf-Verschuldung nach.

Ein Vergleich der kreisfreien Städte insgesamt mit dem Landkreisbereich zeigt, daß die kreisfreien Städte zwar stärker verschuldet sind, aber auch über eine höhere Steuereinnahmekraft (1 542 DM je Einwohner) verfügen als die Landkreise (946 DM je Einwohner). Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Verschuldung und Steuerkraft läßt sich jedoch nicht nachweisen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Personalcontrolling

Ausgangslage

Das Bestreben, Controlling in der öffentlichen Verwaltung für einzelne, recht unterschiedliche Probleme in der Praxis nutzbar zu machen, ist unverkennbar. Offensichtlich bestimmen dabei die Bemühungen um die Konsolidierung der staatlichen Haushalte die inhaltliche Ausgestaltung des Controlling. Konsequenterweise wird dieses sehr stark auf das Rechnungswesen hin interpretiert und partiell – etwa im Rahmen einer Personalkostenbudgetierung – zur Anwendung gebracht¹⁾.

Als Ausgangspunkt der Forderung nach einem Controlling wird hier zumeist auf die knapper werdenden Haushaltsmittel verwiesen und vor allem aufgrund der den Personalkosten zugemessenen Bedeutung zunehmend der Einsatz eines spezifischen Personalcontrolling als Steuerungsinstrument gefordert²⁾.

Betrachtet man die Personalkosten des Landes Rheinland-Pfalz, so stiegen diese tatsächlich um mehr als das 4,5fache von 1 803 Mill.DM im Jahr 1970 auf 8 238 Mill. DM im Jahr 1995.

Dieser eindeutig steigende Trend wird allerdings relativiert durch die Erkenntnis, daß der prozentuale Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten trotz der im Beobachtungszeitraum von 75 830 auf 102 998 angewachsenen Beschäftigtenzahlen (Steigerungsrate rd. 36%) und des anzunehmenden Lohnzuwachses aufgrund von Tarifsteigerungen im selben Zeitraum gleichbleibend bei rund 41 % lag.

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Haushaltsmiserie vieler Bundesländer rechtfertigt jedoch allein schon die absolute Höhe der Personalkosten im öffentlichen Bereich die Schaffung eines leistungsfähigen personalpolitischen Controllinginstrumentariums.

Wie noch zu zeigen sein wird, besteht Personalcontrolling allerdings nicht nur aus Personalkostenüberwachung und -steuerung, sondern beinhaltet wesentlich mehr Aufgaben. Im folgenden Beitrag wird zunächst versucht, den Begriff des Personalcontrolling, abgeleitet aus der allgemeinen Controllingdefinition, zu umreißen. Im Anschluß daran werden die Ziele und die Instrumente des Personalcontrolling dargestellt. Der vierte Abschnitt schließlich befaßt sich mit der computergestützten Informationsversorgung des Personalcontrolling. Organisatorisch - institutionelle Aspekte – wie die Einbindung des Personalcontrolling in die Unternehmens- und Personalorganisation, die Anforderungen an den Controller und die Einführungsstrategien – sollen hier nicht erörtert werden.

Begriff

Das bisher stark bzw. ausschließlich finanz- und kostenrechnungsorientierte Controlling wird gegenwärtig zunehmend durch ein funktionsbereichsbezogenes Controlling – etwa im Rahmen des Personalcontrolling – ergänzt. Wie das Controlling ist auch das Personalcontrolling eine Integration von Analyse, Information, Planung und Kontrolle.

Ausgaben des Landes 1970 – 1995 nach Arten

Jahr	Personalausgaben		Sachinvestitionen		Lfd. Sachaufwand, Zahlungen an andere Bereiche		Zahlungen an öffentlichen Bereich		Gesamtausgaben	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1970	1 803	40,71	312	7,04	1 515	34,21	799	18,04	4 429	100
1975	3 459	41,38	497	5,94	2 848	34,07	1 556	18,61	8 360	100
1980	4 536	40,95	574	5,18	3 784	34,16	2 184	19,71	11 078	100
1985	5 341	41,33	608	4,71	4 613	35,70	2 360	18,26	12 922	100
1990	6 412	39,31	843	5,17	5 800	35,55	3 257	19,97	16 312	100
1995	8 238	40,60	711	3,50	6 763	33,33	4 579	22,57	20 292	100

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigtes Personal des Landes 1970 – 1995

Jahr	Vollzeitbeschäftigtes Personal		Teilzeitbeschäftigtes Personal ¹⁾		Personal insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1970	72 124	95,11	3 706	4,89	75 830	100
1975	83 014	93,66	5 617	6,34	88 631	100
1980	85 803	90,35	9 163	9,65	94 966	100
1985	84 502	86,69	12 972	13,31	97 474	100
1990	82 193	83,62	16 096	16,38	98 289	100
1995	83 546	81,11	19 452	18,89	102 998	100

1) Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

Wunderer und Sailer definieren Personalcontrolling als „bewußte, integrierte und systematische Planung (Soll) und Kontrolle (Ist) personalwirtschaftlicher Tatbestände in meßbaren – oder zumindest objektiv erfaßbaren – Daten, wobei die Ergebnisse der Abweichungsanalysen Grundlagen des Planungsprozesses werden, sowie die Entwicklung und Koordination von Verbesserungsmaßnahmen“³⁾. Darüber hinaus präsentieren sie Handlungsempfehlungen im Rahmen eines kosten-, wirtschaftlichkeits- und erfolgsanalytischen Personalcontrollingansatzes⁴⁾. Der erste Ansatz bzw. die erste Ebene des Personalcontrolling umfaßt das Kosten- bzw. kalkulatorische Controlling als periodische Planung und Kontrolle der Personalkosten und der Kosten der Personalabteilung selbst. Die zweite Ebene, das Wirtschaftlichkeits- bzw. Effizienzcontrolling, bestimmt die Produktivität der Personalarbeit durch einen Vergleich von tatsächlichem und geplantem Ressourceneinsatz für personalwirtschaftliche Prozesse. Die dritte und letzte Ebene, das Erfolgs- bzw. Effektivitätscontrolling, ist schließlich auf die Effektivität der Personalarbeit gerichtet und gibt den Beitrag zum Unternehmenserfolg wieder⁵⁾.

Nach Hentze und Kammel stellt Personalcontrolling „in funktionaler Sicht eine umfassende, systematisch-zielbezogene und integrale Konzeption zur proaktiven Gestaltung, Koordination und Weiterentwicklung personalwirtschaftlicher Planungs-, Kontroll- und Informationsversorgungssysteme und zur Bereitstellung bedarfsgerecht aufbereiteter Informationen zwecks Sicherstellung der Realisierung der personalwirtschaftlichen Ziele dar. Als Funktionscontrolling der Unternehmung nimmt Personalcontrolling aufgabenbezogen eine interne Beratungs- und Servicefunktion für verschiedene Ebenen der Unternehmensführung in bezug auf alle mit dem Produktionsfaktor Arbeit verbundenen Ziele und Maßnahmen wahr“⁶⁾.

Potthoff und Trescher sprechen nicht von Personalcontrolling, sondern von Controlling der Personalwirtschaft, wobei gemäß ihrer Definition die Personalwirtschaft die Aufgabe umfaßt, „die jeweils erforderliche Personalkapazität zu gewährleisten, die Leistungsfähigkeit des im Betrieb tätigen Menschen zu erhalten und erforderlichenfalls zu entwickeln, ferner seine Leistungsbereitschaft zu fördern und Leistungshemmnisse

Kosten-, Wirtschaftlichkeits- und Erfolgs-Controlling nach Wunderer / Sailer*)

	Kostencontrolling	Wirtschaftlichkeitscontrolling	Erfolgscontrolling
Aufgaben	Information über <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung und Struktur der Personalkosten – Kostenentwicklung und Kostenstruktur in der Personalabteilung 	Überwachung, Analyse und Optimierung des Ressourceneinsatzes für personalwirtschaftliche Aktivitäten und Prozesse (Vermeidung von Ressourcenverschwendung in der Personalabteilung). Analyse des Rationalisierungspotentials für personalwirtschaftliche Prozesse	1) Ökonomische Rechtfertigung der Personalarbeit bzw. einzelner Prozesse durch Ermittlung ihres Beitrages zum Unternehmenserfolg (Rentabilität) 2) Definition von Erfolgsmaßstäben für die Personalarbeit
Planungsgrößen	Summen der Personalkostenarten je Planungsperiode (Kostenartenbudgets), Summe der Kostenarten der Personalabteilung (Kostenstellenbudget) je Planungsperiode	Sollkosten der einzelnen personalwirtschaftlichen Prozesse: Vorgabezeiten pro Aktivität, z.B. Zeiteinsatz pro Bewerbung, Freistellungskosten pro Kündigung, Ausbildungskosten pro Stellenbesetzung	Arbeitsproduktivität (direkt), Indikatorwerte (indirekt) <ul style="list-style-type: none"> – Fluktuationsraten, – Absentismusraten, – Fehlerquoten, – Kundenreklamationen, Nacharbeiten, – Beschwerden, – Ergebnisse von Leistungstests, – Ergebnisse von Befragungen (z.B. betriebliche Arbeitszufriedenheit)
Sichtweise der Personalarbeit	Personal als Kostenfaktor, Personalabteilung als Kostenstelle	Personalarbeit als innerbetriebliche Servicefunktion	Optimierung als Investition, Humanressourcen sind Humankapital
Erfolgskriterien	Einhaltung des Budgets, Beitrag zum finanzwirtschaftlichen Gleichgewicht	Minimierung des Ressourceneinsatzes für personalwirtschaftliche Prozesse (Ist-/Sollkosten pro Prozeß)	Optimierung von Rentabilität der Investitionen in der Personalarbeit (langfristige Perspektive), z.B. Ersparnis durch verringerte Fluktuationsquote abzüglich Kosten des Anreizsystems
Planungs- und Kontrollperioden	Budgetierungszeitraum (Monat, Jahr)	Entsprechen den Abrechnungszeiträumen der Kostenrechnung	abhängig von den Wirkungsverzögerungen personalwirtschaftlicher Maßnahmen (langfristige Perspektive, mindestens ein Jahr)

*) Vgl. J. Hentze / A. Kammel, a.a.O., S. 21 ff.

zu beseitigen“⁷⁾. Für sie besteht bei Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften „die Hauptaufgabe in der Prüfung der Wirtschaftlichkeit. Für das Controlling der Personalwirtschaft bedeutet es, daß in erster Linie an eine Kontrolle der Personalkosten gedacht ist. In Zeiten rückläufiger oder stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung ist dies sicher eine Maßnahme, die nicht übersehen werden darf... Sie ist jedoch nur eine Teil des Controlling in der Personalwirtschaft“⁸⁾. Letztendlich verstehen Potthoff und Trescher unter Controlling in der Personalwirtschaft alle Controllingaufgaben, wie Planung, Kontrolle und Abweichungsanalyse sowohl im strategischen als auch operativen Sinne, wobei nicht nur die Kosten (Input), sondern gleichrangig die Leistungen (Output) mit den auf sie wirkenden Faktoren Gegenstand der Aufgabe sind.

Zusammengefaßt ist Personalcontrolling eine integrierende Managementmethode zur Optimierung der Personalstrukturen und der Personalkosten, die im Sinne des Controlling auf der Grundlage von bereits vorhandenen oder zu beschaffenden Personaldaten analysiert, plant, steuert und kontrolliert. „Controlling stellt fest, wie hoch die Personalkosten sind, das Personalcontrolling beantwortet die Frage, warum sie so hoch sind“⁹⁾.

Controlling wird häufig auch in eine operative und strategische Dimension differenziert. Nach den Ausführungen von Budäus bezieht sich das operative Controlling „auf eine Verbesserung der internen Systemsteuerung über eine Verbesserung der Führungsfunktion Planung und einer entsprechenden Koordination einzelner Teilpläne. Grundlage dafür ist ein Regelkreis, der interne und externe Störgrößen erfaßt und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen der Zielplanung und Maßnahmenplanung initiiert. Controlling hat notwendige Informationen für die Wahrnehmung der Führungsfunktionen zu liefern, um ungleichgewichtige Situationen zwischen Soll- und Istzustand zu vermeiden. Beim strategischen Controlling geht es demgegenüber um die Erfassung und Analyse systemrelevanter Umweltentwicklungen und daraus abgeleitet um die Erarbeitung strategischer Handlungsalternativen. Das strategische Controlling ist von daher eher eine der Planung vorgelagerte Bereitstellung strategischer Informationen (einschließlich Auswertungs- und Planungsverfahren), aus denen sich die zuständigen Planungs- und Entscheidungsträger Handlungsrichtungen und Handlungsfelder ableiten. Es gilt, mit Hilfe des strategischen Controlling jene zukünftig zu berücksichtigenden Beziehungen zwischen Organisation und Umwelt aufzuzeigen, Erfolgspotentiale, Chancen und Risiken zu analysieren, die für die Existenz der Organisation von wesentlicher Bedeutung sind“¹⁰⁾.

Übertragen auf das Personalcontrolling heißt das, daß sich das Personalcontrolling in operativ-fachlicher Hinsicht vor allem mit Kosten- und Wirtschaftlichkeitsgrößen (quantitative Dimension) und mit Güte und Wirksamkeit von Prozessen, Strukturen sowie von Denk- und Verhaltensmustern von Führung und Personalmanagement (qualitative Dimension) beschäftigt. Die strategische Dimension des Personalcontrolling rückt die Ziel- und Programmbestimmung in den Vordergrund und umfaßt als wesentliche Aufgabeninhalte die Integration der personellen Dimensionen in die

Unternehmensstrategie, eine langfristige Personalplanung, die Bestimmung der Umsetzung von Strategien in konkrete Plandaten bzw. Maßnahmen und eine unternehmerische Ausrichtung des Personalmanagements¹¹⁾.

Autoren der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung fügen – abgeleitet aus der Personalmanagementlehre – der strategischen und der operativen noch eine dritte, taktische Verantwortungsebene hinzu: „Die strategische Verantwortungsebene bilden Politik und Verwaltungsführung. Sie sind überwiegend für langfristig wirksame grundsätzliche Weichenstellungen und die Sicherung ihrer Umsetzung verantwortlich. Die taktische Ebene leitet aus den strategischen Vorgaben überwiegend mittelfristig wirksame Programme und Führungsaufgaben ab. Aufgabe der operativen Ebene ist es, diese in die tägliche Arbeit einzubringen und sie in konkrete Maßnahmen umzusetzen“¹²⁾.

Ziele

Um ihrer Gestaltungsfunktion gerecht zu werden, sind in der Personalwirtschaft und ihren Funktionen eindeutige Zielbestimmungen unabdingbar. Grundlage für die Entwicklung eines fundierten Zielsystems für das Personalcontrolling ist einerseits die Orientierung am personalwirtschaftlichen Zielsystem und andererseits die Vereinbarkeit mit den Unternehmenszielsetzungen (z. B. Kostendeckung, Erzielung von Überschüssen, Sicherstellung eines bestimmten Leistungsprofils)¹³⁾.

Jeder Mitarbeiter im Personalbereich produziert die Personalpolitik mit. Eine Abstimmung von Zielen und Maßnahmen ist daher sinnvoll und erforderlich. In der öffentlichen Verwaltung kann man entsprechend den betrieblichen Aufgaben nach Haupt- und Teilzielen unterscheiden. Zur Formulierung der Hauptziele und Strategien bedarf es sowohl einer Analyse der Umwelt als auch der Stärken und Schwächen der Verwaltung. Das Hauptziel des möglichst effizienten Einsatzes des Faktors Personal ist in personalwirtschaftliche Teilziele aufzulösen. Ein Beispiel für ein quantifizierbares Teilziel wäre eine möglichst geringe Steigerung des Personalaufwandes oder eine Reduzierung der Fluktuationsquote. Anzustreben ist, daß sich Hauptziele und Teilziele ergänzen (Zielkomplementarität).

Als allgemeine Zielsetzung des Personalcontrolling kann die zunächst verbesserte Gesamtzielerreichung im Personalbereich herausgestellt werden. Diese Unterstützungsaufgabe des Personalcontrolling ist inhaltlich durch spezielle Zielsetzungen (Subziele) zu präzisieren. Die eigenständigen Ziele des Personalcontrolling dienen der Erfüllung personalwirtschaftlicher „Oberziele“ (z. B. wirtschaftliche Ziele, soziale Ziele) im Unternehmenszielsystem. Als eigenständige Ziele des Personalcontrolling, die nicht unabhängig voneinander zu sehen sind, sondern zahlreiche Interdependenzen aufweisen, nennen Hentze und Kammel die

- umfassende Unterstützung der Personalplanung,
- Sicherstellung und Optimierung der Informationsversorgung der Personalwirtschaft,

- Sicherung und Verbesserung der Koordination in der Personalwirtschaft und die
- Erhöhung der Flexibilität.

Das Personalcontrolling trägt dazu bei, die *Planung* sicherzustellen, indem die Voraussetzungen geschaffen und die Durchführung gewährleistet werden. Ziel ist insbesondere die Erhöhung der Effektivität und Effizienz der Personalwirtschaft. Dabei verstehen Hentze und Kammel unter Effektivität die grundsätzliche Eignung einer personalwirtschaftlichen Maßnahme bzw. eines personalwirtschaftlichen Instruments, eines Handlungsprogramms oder einer Strategie zur Erreichung der angestrebten Ziele. Effizienz wird als Verhältnis von Zielbeitrag zu dazu benötigten Ressourcen definiert.

In Puncto *Informationsversorgung* weisen Hentze und Kammel auf die wachsende Datenmenge, die Zunahme von Bedeutung und Aufgabenumfang und das vielfach zu beobachtende Auseinanderlaufen von Informationsangebot und Informationsnachfrage in der Personalwirtschaft hin. Diese Entwicklungen lassen eine zweckmäßige Auswahl von Informationen sowie ihre Verknüpfung und Verdichtung bezüglich einer zielgerichteten Informationsversorgung der personalwirtschaftlichen Handlungsträger in der Unternehmung als notwendig erscheinen.

Die Sicherung und Optimierung der *Koordination* in der Personalwirtschaft als eine weitere wichtige Zielsetzung des Personalcontrolling resultiert aus der zunehmenden Aufgabenfülle sowie aus der Spezialisierung und Dezentralisierung der Personalarbeit.

Personalcontrolling kann nach Hentze und Kammel außerdem im Rahmen laufender und systematischer Beobachtung die notwendige Reaktions- und Anpassungsfähigkeit erhöhen, insbesondere wenn „schwache Signale“ Chancen und Gefahren frühzeitig anzeigen. Eine Erhöhung der *Flexibilität* durch Personalcontrolling kann auch gewährleisten, daß personalwirtschaftliche Informationen frühzeitiger als bisher umgesetzt werden und somit eher zielwirksam sind¹⁴⁾.

Für Gmelin ist das Ziel von Personalcontrolling die Optimierung von Personalstrukturen und -kosten und damit auch von Personalarbeit; Optimierung bedeutet nicht unbedingt Abbau von Personalkosten, sondern deren Einsatz als Investitionsfaktor, d. h. an solchen Stellen, an denen sie sinnvoll eingesetzt gehören. Was beim Personaleinsatz jeweils optimal ist, bestimmt sich u. a. nach internen und externen Vergleichen der Leistungsfähigkeiten von den jeweiligen Tätigkeiten; allerdings ist z. B. die Leistungs- bzw. Outputmessung bei Verwaltungstätigkeiten u. U. schwieriger als bei der Herstellung von Waren und Gütern, bei denen gewöhnlich Menge, Zeit oder Qualität vorgegeben sind, die mit dem Ist verglichen werden und bei denen Abweichungen schnell erfassbar sind¹⁵⁾.

Aufgaben

In der neueren Literatur zum Thema Controlling scheint sich eine koordinationsorientierte Controllinginterpretation als konzeptionelle Basis für die Bestim-

mung von Controllingaufgaben und -funktionen durchzusetzen. Controlling bedeutet danach eine Abstimmung von Ziel-, Planungs-, Kontroll- und Informationssystem unter Beachtung der Führungsgrundsätze, der Unternehmensorganisation und des Personalführungssystems. Dabei soll Controlling insbesondere die Ausrichtung sämtlicher Aktivitäten an den Unternehmenszielen gewährleisten (Zielausrichtungsfunktion), die Anpassung dieser Aktivitäten an veränderte Umweltbedingungen oder gar deren aktive Gestaltung fördern (Anpassungs- und Innovationsfunktion) und die Entscheidungsträger in der Unternehmung durch Bereitstellung von Informationen, Beratung bei der Auswahl und dem Einsatz von Planungsmethoden etc. bei ihren Tätigkeiten unterstützen (Servicefunktion)¹⁶⁾.

Hentze und Kammel unternehmen den Versuch, (bestimmte) Personalcontrollingaufgaben im Sinne einer vom Allgemeinen ausgehenden Vorgehensweise unmittelbar aus den oben angesprochenen Controllingzielen abzuleiten. Danach ergibt sich folgende Aufgabengliederung des Personalcontrolling¹⁷⁾:

- Informationsaufgaben,
- Dienstleistungs- bzw. Serviceaufgaben,
- Kontrollaufgaben und
- Koordinations- bzw. Moderationsaufgaben.

Die *Informationsaufgaben* des Personalcontrolling dienen nicht nur zur Unterstützung des Zieles der Sicherung und Optimierung der personalwirtschaftlichen Informationsversorgung, sondern übergreifend allen Zielen des Personalcontrolling. Dabei hat sich das Personalcontrolling an den Erfordernissen des Informationsmanagements zu orientieren, das eine umfassende informationsorientierte Betrachtung des Unternehmens und seiner Teilbereiche beinhaltet. Darüber hinaus ist es Sache des Personalcontrolling, das erforderliche personalwirtschaftliche Informationsversorgungssystem zu gestalten. An anderer Stelle wird dies als „Aufbau eines entscheidungsorientierten Berichtswesens“ bezeichnet, das auf Einheitlichkeit, Transparenz, Aussagefähigkeit und Aktualität der Informationen ausgerichtet ist. Dabei ist die Abstimmung von Informationssystem und Informationsbedarf unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips ein sich immer wieder stellendes Problem.

Im Rahmen der *Dienstleistungs- und Serviceaufgaben* des Personalcontrolling soll insbesondere die Personalplanung, aber auch die personalwirtschaftliche Kontrolle gewährleistet und unterstützt sowie ein Beitrag zur Sicherstellung der Koordination innerhalb der Personalwirtschaft und mit anderen Unternehmensbereichen geleistet werden. Die Personalplanung als wesentlicher Gegenstand des Personalcontrolling wird zweckmäßigerweise in Personalbedarfsplanung bzw. Personalbedarfsrechnung, Personalkostenplanung im Rahmen einer Personalkostenbudgetierung, Personalmaßnahmenplanung (Personalbeschaffung, -einsatz, -freisetzung, -entwicklung, -erhaltung) und Entgeltgestaltung unterschieden. Die Dienstleistungsaufgaben umfassen

Managementaufgaben, die sich in bezug auf das Personalplanungs- und -kontrollsystem ergeben. Im wesentlichen handelt es sich um folgende Aufgaben:

- Aufbau, Einsatz und Anpassung des Personalplanungs- und -kontrollsystems,
- Sicherstellung der zweckmäßigen Wahrnehmung der Planungs- und Kontrollaufgaben und
- kritische Überprüfung der Systeme und Controllingaktivitäten.

Die *Kontrollaufgaben* des Personalcontrolling sind dadurch gekennzeichnet, daß sie vom Ablauf her betrachtet die laufende Wahrnehmung aller Kontrollmaßnahmen umfassen, die durch die Gestaltung des Personalplanungs- und -kontrollsystems vorgegeben wurden. Um feststellen zu können, ob und inwieweit Ziel- und Planungsvorstellungen mit der Realität übereinstimmen, bedarf es einer laufenden Überprüfung der Zielrealisierung während der Planperiode. Die Kontrolle stellt nicht nur eine Rückkopplung zu vorgelagerten Managementprozessen dar, sondern dient auch als Bindeglied zu erneuten, zeitlich nachgeordneten Planungs- und Realisierungsprozessen und gleichzeitig als deren Impulsgeber (Regelkreisprinzip), sofern Kontrolldaten „Funktionsstörungen“ des Systems signalisieren. In diesem Fall geht es also darum, kurzfristig die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um trotz der Abweichung die geplanten Ziele zu erreichen. Realisations- bzw. Ergebniskontrollen am Ende des Planungszeitraums werden hauptsächlich durchgeführt, um Abweichungen im Hinblick auf die Zielerreichung festzustellen, zu analysieren und gegebenenfalls beseitigen zu können (Soll- bzw. Plan-/Istvergleich). Bei der nachträglichen Kontrolle geht es auch darum, das Planergebnis festzustellen und Ansätze für neue Plandaten zu gewinnen.

Eine weitere Anforderung an ein wirksames Personalcontrolling ist der Ausgleich bzw. die *Koordination* unterschiedlicher Bereichsinteressen bzw. -ziele im Unternehmen, d. h. es ist die Aufgabe des Controlling, die unterschiedlichen Interessen auf das Gesamtziel hin auszurichten. Die Koordination stellt analog zur Informationsversorgung ein zentrales, übergreifendes Merkmal des Personalcontrolling dar, das insbesondere bei der Gestaltung und Durchführung von Personalplanungs-, -kontroll- und -informationsaufgaben seine herausragende Bedeutung erhält. Die *Moderationsfunktion* des Personalcontrolling kann als spezielle, zielgerichtete Form der Kommunikation gekennzeichnet werden. Es handelt sich dabei um eine Ergänzung der rein ausführend-technischen Funktionen des Personalcontrolling durch Einbeziehung sozialer Beziehungen. Die Aktivitäten des Moderators dienen der Unterstützung der Personalcontrollingziele.

Instrumente

Unter dem Begriff Instrumente lassen sich alle Vorgehensweisen, Verfahren und Techniken zusammenfassen, die zur Erfüllung der Personalcontrollingaufgaben eingesetzt werden können und einen Beitrag zur Erreichung der personalwirtschaftlichen Ziele leisten. Die

einzelnen Instrumente finden für unterschiedliche Zwecke in den einzelnen Aufgabenbereichen der Personalwirtschaft bereits seit langem Verwendung. Aufgrund der entscheidenden Bedeutung der Informationsaufgabe im Rahmen des Personalcontrolling bieten sich die einzelnen Phasen des Informationsprozesses als Gliederungskriterien für die Erörterung der Instrumente des Personalcontrolling an. Die Informationsversorgung läßt sich demzufolge in folgende Phasen differenzieren¹⁸⁾:

- Informationsbedarfsermittlung,
- Informationsbeschaffung und -aufbereitung und
- Informationsübermittlung.

In der Phase der *Informationsbedarfsermittlung* legt das Personalcontrolling die Menge und die Qualität von Informationen fest, die von den personalwirtschaftlichen Entscheidungsträgern zur Lösung von anstehenden Aufgaben bzw. zur Zielerfüllung benötigt werden. Dabei können beispielsweise folgende Instrumente eingesetzt werden¹⁹⁾:

- Personalwirtschaftliche Informationskataloge

Bei der Analyse der Informationen stellen Informationskataloge ein zentrales Hilfsmittel dar. Sie erfassen checklistenartig, nach Informationsgruppen geordnet, möglichst sämtliche für einen bestimmten Entscheidungsbereich benötigten typischen Informationen.

- Methode der kritischen Erfolgsfaktoren

Im Rahmen dieser Methode wird mittels Interview bestimmt, welche Faktoren entscheidend für die Unternehmenserfolgssicherung sind. Dabei sind zeitliche Faktoren, die Struktur und das Umfeld der Personalwirtschaft sowie auch die Stellung personalwirtschaftlicher Entscheidungsträger und deren Wahrnehmung der Unternehmungsumwelt zu analysieren.

Die Phase der *Informationsbeschaffung* wird bestimmt durch die Suche nach und die Erschließung von personalwirtschaftlichen Informationsquellen. In die Phase der *Informationsaufbereitung* fällt die zielgerichtete und aussagefähige Verdichtung, Verknüpfung und / oder Detaillierung des vorhandenen bzw. beschafften Informationsbestandes. Für diese Phasen stehen dem Controlling folgende Instrumente zur Verfügung²⁰⁾:

- Personalwirtschaftliche Kennzahlen

Kennzahlen sind für die Praxis des Personalcontrolling erfahrungsgemäß der erste Ansatz zu einer systematischen, quantifizierenden Bestimmung der Personalarbeit. Wesentliche Merkmale einer Kennzahl sind ihr Informationscharakter, die Quantifizierbarkeit sowie die spezifische Form der Information. Wichtige Kennzahlen aus dem Bereich der Personalwirtschaft sind beispielsweise Kosten pro durchschnittlich beschäftigter Vollkraft, Personalkosten pro Stunde, Anteil der Personalentwicklungskosten an den Gesamtpersonalkosten, aber auch Leistungsgrad, Fehlzeitenquote, Durchschnittsalter der Belegschaft, Fluktuationsrate usw.²¹⁾.

- Systematische Dokumentation vorhandener Informationen

Die Dokumentation und Speicherung von Informationen ist Aufgabe von computergestützten Personalinformationssystemen, die ein wesentlicher Bestandteil des Personalcontrolling sind. Die Informationsversorgung ist die Grundlage zur Realisierung personalwirtschaftlicher Ziele.

- Methoden zur Früherkennung

Dem Personalcontrolling obliegt die Aufgabe, personalwirtschaftlich relevante Früherkennungsinformationen insbesondere für das strategische Personalmanagement bedarfsgerecht zu beschaffen und aufzubereiten, um die personalwirtschaftlichen Entscheidungsträger so frühzeitig wie möglich über Trends und Fehlentwicklungen zu informieren. Hier können als wichtige Früherkennungsmethoden u. a. die Portfolio-Methode und Personalszenarios genannt werden. Die Portfolio-Methode (Human-Ressourcen-Portfolio) soll in erster Linie zu einer rechtzeitigen Erkennung von Stärken und Schwächen der Mitarbeiterstruktur und zur Aufdeckung personalwirtschaftlicher Chancen und Gefahren führen. Personalszenarios dienen vor allem der strategischen Personalplanung und tragen dazu bei, die bestehende Unsicherheit zu reduzieren. Sie geben Auskunft darüber, wie sich Vorgänge und Zustände in der Zukunft möglicherweise entwickeln könnten.

- Personalbestandsanalysen

Die Personalbestandsanalyse umfaßt die Erfassung und detaillierte, zweckgerichtete Bewertung des gegenwärtigen Personalbestandes in Verbindung mit einer bedarfs- bzw. zukunftsorientierten Aufbereitung der Bestandsinformation in mengenmäßiger und qualitativer Hinsicht. Die Personalbestandsanalyse dient als Grundlage für Aktivitäten der Personalbedarfsplanung (Bestimmung der benötigten Stellen und deren jeweilige Anforderungen), die wiederum Auslöser für andere Teilplanungen der Personalwirtschaft sein kann, wenn Soll- bzw. Plan- und Istbestand nicht übereinstimmen.

- Personalbeurteilung

Durch die Personalbeurteilung wird festgestellt, inwieweit ein Unternehmungsmitglied den Anforderungen und Erwartungen hinsichtlich seines derzeitigen bzw. zukünftigen Beitrages zur Zielerfüllung der Unternehmung entspricht bzw. voraussichtlich entsprechen wird.

- Personalforschung

Personalforschung dient der Gewinnung von Informationen mit sozialwissenschaftlichen Methoden zur Beschreibung, Erklärung und Gestaltung personeller Beziehungen und Probleme, die sich aus der Mitarbeit und dem Verhalten von Menschen in Organisationen ergeben. Im Rahmen des Personalcontrolling interessiert primär die an der Wissenschaft vom (rationalen) Handeln orientierte Personalforschung, insbesondere die Untersuchung von Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen der Mitarbeiter in der Unternehmung und die sich daraus ergebenden Probleme.

- Personalprognose

Prognosen im Personalbereich können gekennzeichnet werden als Beschreibungen (möglicher) zukünftiger Zustände bzw. Ereignisse in der Personalwirtschaft, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und auf vergangenheitsbezogene (empirische) Erfahrungen bzw. Beobachtungen sowie auf sachlogische Begründungen gestützt sind. Im Gegensatz zur Personalplanung, die sich mit der Frage „Was soll sein?“ beschäftigt, konzentriert sich die Personalprognose auf die Frage „Was wird sein?“²²⁾.

- Kreativitätstechniken

Mittels der Techniken des kreativen Denkens in der Unternehmung sollen eigenständig entwickelte Ideen hervorgebracht werden, die unter Berücksichtigung und Nutzung der Besonderheiten der gegebenen Situation neu sind bzw. neuartige Elemente enthalten und einen sinnvollen Beitrag zur Problemlösung bzw. Zielerreichung leisten. In der Praxis lassen sich beispielsweise die in anwendungszweckbezogenen Variationen und Modifikationen anzutreffenden Kreativitätstechniken des Brainstorming für Personalcontrollingzwecke einsetzen.

In der vierten Phase, der *Informationsübermittlung*, findet die Übertragung der empfängergerecht aufbereiteten Informationen zwischen dem Personalcontrolling (als Informationssender) und den personalwirtschaftlichen Entscheidungsträgern (als Informationsadressaten) statt. Dabei kommen folgende Instrumente zum Einsatz²³⁾:

- Personalberichterstattung

In Verbindung mit den Zielsetzungen des Personalcontrolling findet die Informationsübermittlung in Form einer Personalberichterstattung bzw. eines Personalberichtswesens statt. Mit der Personalberichterstattung werden zwei wesentliche Ziele verfolgt: Zum einen dient sie als Lenkungsmittel für die Unternehmensleitung zur Steuerung (z. B. indem sie die Auswirkungen von Veränderungen ermittelt) und zur Kontrolle der Unternehmung. Zum anderen hat sie die Unternehmensleitung, die Mitarbeiter, die Arbeitnehmervertretung und die Öffentlichkeit mit Informationen zu versorgen.

- personalwirtschaftliche Kennzahlen

Die Informationsübermittlung schließt auch die Bereitstellung personalwirtschaftlicher Kennzahlen ein, auf die bereits weiter oben im Zusammenhang mit der Phase Informationsbeschaffung und Informationsaufbereitung eingegangen wurde.

Personalwirtschaftliche Kontrollen

Mit zu den wesentlichsten Aufgaben des Controlling zählen die Erfolgs- und die Kostenkontrolle. Dabei werden Istgrößen den entsprechenden Plan- bzw. Sollgrößen gegenübergestellt. Die sich daraus ergebende Gesamtabweichung wird anschließend in Einzelabweichungen zerlegt, um den Effekt von bestimmten Erfolgs-

und Kosteneinflußgrößen zu isolieren. Dadurch erhält man Informationen, worauf die Gesamtabweichung zurückzuführen ist, und wird in die Lage versetzt, Maßnahmen zu ergreifen, um künftig die angestrebten Ziele besser zu erreichen. Je nach Abweichungsursache wird der Erfolgskontrolle eine Lenkungsfunction in bezug auf die ausführenden Mitarbeiter oder die technischen Prozesse sowie eine Lernfunktion für eine verbesserte künftige Planung zugeschrieben²⁴⁾.

Das Personalmanagement benötigt für personalwirtschaftliche Kontrollen vergangenheits- und gegenwartsbezogenen Informationen über die betriebliche Personalwirtschaft. Diese Kontrollinformationen lassen sich zum einen in Erfolgs- bzw. Leistungskontrollen (ergebnisorientierte Kontrollen) und zum anderen in Kosten- und Wirtschaftlichkeitsanalysen unterscheiden, wobei folgende Instrumente zur Verfügung stehen²⁵⁾:

– Erfolgskontrollen

Ansatzpunkte einer sachzielorientierten Erfolgskontrolle in der Personalwirtschaft sind zweckmäßigerweise die Ergebnisse der Aufgabenerfüllung in den einzelnen Funktionsbereichen der Personalwirtschaft. Beispielsweise kann geprüft werden, ob das beschaffte Personal tatsächlich für die Aufgabenerfüllung geeignet ist (qualitative Erfolgskontrolle) oder die geplanten Personalzahlen (gesamt und bereichsbezogen) eingehalten wurden (quantitative Erfolgskontrolle).

– Personal-Audit

Ziel des Personal-Audit als ein erweitertes Konzept zur Erfolgskontrolle ist es, im Rahmen einer genauen Analyse der Situation und Arbeitsweise in der Unternehmung personalwirtschaftliche Fehlentwicklungen aufzudecken und Änderungs- bzw. Verbesserungsvorschläge für künftige Personalplanungen und -strategien zu erarbeiten und bereitzustellen.

– Kosten- und Wirtschaftlichkeitskontrollen

Wichtiges Instrument des operativen Controlling in der öffentlichen Verwaltung ist zum einen die Einrichtung eines sachzielbezogenen Rechnungswesens, das die klassischen Teilgebiete Finanzbuchführung, betriebswirtschaftliche Statistik und Vergleichsrechnung sowie Planungsrechnung umfaßt. Zum anderen gehört zum Rechnungswesen auch die Kosten- und Leistungs- bzw. Erlösrechnung, die ein Rechnen mit relevanten Kosten zuläßt²⁶⁾. Deren Aufgabe ist es, die Kosten und Leistungen, die bei der betrieblichen Leistungserstellung und -verwertung entstehen, zu erfassen, zu verteilen, zuzurechnen und aufzubereiten, um damit neben der Dokumentations- und Informationsfunktion die Kontrolle der Wirtschaftlichkeit, die Selbstkostenkalkulation, die Betriebsergebnisrechnung und die Gewinnung von Vergleichsdaten für Entscheidungsrechnungen zu ermöglichen. Die Kosten- und Leistungsrechnung als rechentechnisches Instrument liefert darüber hinaus jene Informationen, die Auskunft über die Einhaltung der (Personalkosten-)Budgets und die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Aufgabenerfüllung geben:

– Personalkosten- und -budgetkontrolle

Die Budgetierung ist eine Form der Kostenrechnung, bei der Kostenrichtwerte in Form von sogenannten Budgets vorgegeben werden. Aus der Kenntnis von Budgets und Istkosten und deren Abweichungen werden im Rahmen des Controlling Dispositionen zur Steuerung des Betriebsgeschehens abgeleitet. Bei der Aufstellung von Budgets für den Personalbereich wird zunächst von den geplanten Leistungen des Personals ausgegangen und darauf aufbauend das Personal geplant (Stellenplan). In einem weiteren Schritt werden auf der Grundlage des geplanten Personals die Budgetbeträge festgelegt. Dabei ergibt sich der einzelne Budgetbetrag, indem für das geplante Personal der damit verbundene, erwartete Personalaufwand ermittelt wird. Den o. g. Planwerten – geplante Leistungen, geplantes Personal, geplante Budgetbeträge – stehen die Istwerte – Istleistungen, Istpersonal, Istkosten – gegenüber.

Das Budgetierungssystem im öffentlichen Bereich hat damit – ausgehend von dem grundlegenden Ziel einer leistungsgerechten Mittelzuteilung und -verteilung aufgrund der zunehmenden Verknappung finanzieller Ressourcen – die Aufgabe, den Zusammenhang zwischen der Bereitstellung der finanziellen Mittel auf der einen Seite und der Leistungserstellung auf der anderen Seite herauszustellen. Dabei sind in Abhängigkeit von der zu erbringenden Leistung die dafür benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen²⁷⁾. Aus der Sicht der Personalwirtschaft fallen hierunter alle Aufwendungen, die unmittelbar für die Bereitstellung und den Einsatz menschlicher Arbeitskraft anfallen oder mittelbar bei der Erfüllung der personalwirtschaftlichen Aufgaben (Personalplanung, -beschaffung, -entwicklung, -verwaltung) entstehen.

Hinsichtlich der Personalkostenkontrolle können folgende wichtige Vergleichsformen in zeitbezogener Differenzierung genannt werden²⁸⁾:

– Ist-/Istvergleiche (vergangenheitsbezogen)

- innerbetriebliche Zeitvergleiche
- interorganisatorische Vergleiche
 - Betriebsvergleiche (extern)
 - Vergleiche zwischen innerorganisatorischen Teilbereichen

– Plan- bzw. Soll-/Istvergleiche (gegenwartsbezogen)

- Vergleiche zwischen innerorganisatorischen Teilbereichen

– Trend-/Sollvergleiche (zukunftsbezogen).

– Wirtschaftlichkeitskontrollen

Der Begriff Wirtschaftlichkeit wird benutzt im Sinne eines möglichst günstigen Verhältnisses zwischen Input (Faktoreinsatz, Kosten) und Output (Ausbringung, Leistungen) im Leistungserstellungsprozeß, also im Sinne des Wirtschaftlichkeitsprinzips bzw. ökonomischen Prinzips. Die Kennzahlen

der Wirtschaftlichkeitsrechnung basieren auf dem grundlegenden Quotienten aus (in Geld bewertem) Ertrag und Aufwand. Im Personalbereich besitzt die Messung und Analyse der Wirtschaftlichkeit zwei zeitlich unterschiedliche Zielrichtungen: Ex ante helfen Wirtschaftlichkeitsanalysen beim Treffen personalwirtschaftlicher Entscheidungen. Außerdem beinhalten sie den Vergleich von Plan- bzw. Sollgrößen mit Istgrößen, um ex post zu kontrollieren, ob die vorgesehenen wertmäßigen Planansätze bei der Einführung eingehalten werden konnten.

Ein Problem bei der Wirtschaftlichkeitskontrolle ist allerdings, daß in der Personalwirtschaft i. d. R. Einnahmen bzw. Erträge fehlen. Insofern bieten lediglich Kosten-Nutzen-, Kostenwirksamkeits- und Nutzwertanalysen aussagefähige Anknüpfungspunkte zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit im Personalbereich²⁹⁾. Bei der Kosten-Nutzen-Analyse werden die Kosten und der Nutzen der zu untersuchenden Maßnahmen möglichst in Geld bewertet und einander gegenübergestellt. Die Kostenwirksamkeitsanalyse nimmt eine Bewertung in nicht-monetären Einheiten vor, soweit bei Kosten und Nutzen eine Quantifizierung in Geld nicht möglich ist. Die Kosten und der Nutzen, die nicht-monetär gemessen werden können, werden nach einer jeweils zu erstellenden Bewertungsskala geordnet. Nutzwertanalysen erlauben eine nachvollziehbare, allerdings auf subjektiven Einzelurteilen beruhende Bewertung von Handlungsalternativen, wobei auf eine Einbeziehung und Bewertung von Kostenkriterien nicht verzichtet wird.

Computergestütztes Personalcontrolling

Informationsversorgung und Berichtswesen gehören zu den zentralen Aufgaben des Controlling. Da die Qualität von Planung und Kontrolle wesentlich davon abhängt, daß die erforderlichen Informationen zur rechten Zeit, in der richtigen Aufbereitung und am richtigen Ort bereitstehen, ist vorab eine systematische Planung und Koordination der Versorgung mit Informationen notwendig. Analog gilt für das Personalcontrolling, daß sich ohne rechtzeitige Bereitstellung der entscheidungsrelevanten Informationen personalwirtschaftliche Aufgabenstellungen nicht lösen lassen. Dies kann nur mittels einer computergestützten Informationsbasis gewährleistet werden, wobei dieses Informationssystem funktional gesehen mit den oben angesprochenen Phasen der Informationsbedarfsermittlung, der Informationsbeschaffung und -aufbereitung sowie der Informationsübermittlung korrespondiert.

Das hierfür notwendige Personalinformationssystem soll die geordnete Erfassung, Speicherung, Transformation und Ausgabe von allen für die Personalarbeit relevanten Informationen über das Personal einschließlich des Sozialwesens und der Arbeitsplätze ermöglichen. Dabei werden Informationen mit Hilfe technischer, organisatorischer und methodischer Mittel unter Berücksichtigung der relevanten Gesetzgebung (z. B.

Datenschutzgesetz) zur Versorgung der betrieblichen und überbetrieblichen Benutzer des Systems verarbeitet, die diese zur Wahrnehmung ihrer Planungs-, Entscheidungs-, Durchführungs- und Kontrollaufgaben unter Einbeziehung von sozialen und wirtschaftlichen Zielen benötigen. Neben der EDV-Konfiguration gehören zu den strukturellen Bestandteilen von Personalinformationssystemen vor allem die Personaldatenbank und die Arbeitsplatzdatenbank. In der Personaldatenbank werden Informationen über den quantitativen und qualitativen Personalbestand (allgemeine Merkmale, Kenntnis- und Einsatzmerkmale, physische Merkmale, Abrechnungsmerkmale) gespeichert. Die Arbeitsplatzdatenbank, die das Anforderungsprofil der Arbeitsplätze speichert, ist analog zur Aufteilung der Merkmalsgruppen in der Personaldatenbank aufzubauen. Die Verknüpfung von Personal- und Arbeitsplatzdatenbank ist Voraussetzung für eine effektive Abstimmung von Anforderungsprofil und Fähigkeiten sowie persönlichen Vorstellungen des Mitarbeiters³⁰⁾.

Das Personalinformationssystem sollte möglichst alle in der betrieblichen Praxis auftretenden personalwirtschaftlichen Funktionen und Sachverhalte abbilden und damit die Entscheidungsgrundlagen, die Rechnungslegung und die Kalkulation der Personalkosten verbessern. Der strukturelle Aufbau und die Leistungsbreite bestehender Personalinformationssysteme können den Benutzer bei folgenden wesentlichen Funktionen unterstützen:

- Leistungsplanung
- Personalplanung und -entwicklung
- Personalbedarfsermittlung
- Mitarbeitereinsatzplanung
- Personalkostenplanung
- Ermittlung und Auswertung von personalwirtschaftlichen Kosten, Leistungen und Kennzahlen
- Personalberichterstattung, -statistik
- Lohn- und Gehaltsabrechnung
- Reisekostenabrechnung
- Zeitwirtschaft (Abdeckung tariflicher und betrieblicher Arbeitszeitregelungen)
- Sonstige Verwaltungsprogramme (z. B. Telefonabrechnung, Terminüberwachung, Verteilerlisten)
- Qualifikationen und Anforderungen
- Aus- und Fortbildung (z. B. Laufbahnpläne, Job-Rotation-Programme)
- Arbeitsplatzbewertung
- Leistungsbewertung und -entlohnung
- Bewerberverwaltung.

Schlußbemerkungen

Es kann dem Personalcontrolling nicht ausschließlich um die Umsetzung der „an die Verwaltung gerichtete(n) „Schlankheits“-Forderung im allerunmittelbarsten und härtesten Sinne des Wortes, „gehen, „d. h. der Forderung, billiger zu werden... und nicht „wirtschaftlicher“ oder „preiswerter“, denn es geht, wie wir ja alle wissen, ohne Wenn und Aber darum, daß insbesondere die Personalausgaben in absoluten Zahlen sinken“³¹⁾. Denn das „Mißtrauen“ der Bevölkerung und vor allem des betroffenen Personals gegen eine rein kostenorientierte (Verwaltungs-)Reform im Sinne einer „schlanken Ver-

waltung“ wächst. Außerdem konzentriert sich ein beträchtlicher Teil der Personalausgaben in bestimmten Dienstleistungsbereichen, in denen einer Verminderung von Personalkosten – sei es durch Personalabbau oder Lohnkürzungen – enge Grenzen gesetzt sind (u. a. Polizei, Kulturbereich).

In der Tat hat der Begriff Personalcontrolling auch etwas mit Kosten zu tun, allerdings weniger im Sinne der Einsparung von Kosten als vielmehr im Sinne ihrer Optimierung. Auch die vielfach propagierte (Personalkosten-)Budgetierung, der im übrigen der Aufbau einer Kostenarten- und Kosten- und Leistungsrechnung vorangeht, ist nur eine Teilaufgabe des (Personal)Controlling. Erforderlich sind Informationen über die Quantität und Qualität des Outputs, d. h. der Leistungen der öffentlichen Verwaltung. Die Einführung des Controlling und damit auch des Personalcontrolling muß somit nicht nur von der Einführung einer Kostenrechnung begleitet sein, sondern auch von der Institutionalisierung eines auf die Leistungserfassung ausgerichteten Informationssystems. Es muß die Überprüfung und damit die Möglichkeit der Einhaltung eines zumindest befriedigenden Qualitäts- und Quantitätsstandards gewährleistet sein³²⁾.

Diplom-Ökonom Peter Lübbers

Literatur

- 1) Vgl. D. Budäus, Konzeptionelle Grundlagen und strukturelle Bedingungen für die organisatorische Institutionalisierung des Controlling im öffentlichen Bereich, in: J. Weber / O. Tylkowski, Controlling – Eine Chance für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen, Stuttgart 1988, S. 114.
- 2) Vgl. Sarrazin, Budgetierung der Personalausgaben in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung, in: Voran – Schriften zur Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz, Heft 4 (12/1996), S. 19.
- 3) R. Wunderer / M. Sailer, Personal-Controlling – eine vernachlässigte Aufgabe des Unternehmenscontrolling, in: Personalwirtschaft, 14. Jg., Heft 8 (1987), S. 322.
- 4) R. Wunderer / M. Sailer, Instrumente und Verfahren des Personal-Controlling (II), in: Personalführung, 20. Jg. (1987), S. 604 f.
- 5) Vgl. R. Wunderer / P. Schlagenhauser, Personal-Controlling. Funktionen – Instrumente – Praxisbeispiele, Stuttgart 1994, S. 22.
- 6) J. Hentze / A. Kammel, Personalcontrolling, Bern / Stuttgart / Wien 1993, S. 27.
- 7) E. Potthoff / K. Trescher, Controlling in der Personalwirtschaft, Berlin / New York 1983 (Studienausgabe 1993), S. 24.
- 8) Ebenda, S. 25.
- 9) V. Gmelin, Effizientes Personalmanagement durch Personalcontrolling. Von der Idee zur Realisierung, Renningen - Malsheim 1995, S. 5.
- 10) D. Budäus, a. a. O., S. 108.
- 11) Vgl. R. Wunderer / P. Schlagenhauser, a. a. O., S. 16.
- 12) Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), Dezentrale Personalarbeit – Der Beitrag der Personalwirtschaft zur Modernisierung der Verwaltung, in: KGSt-Bericht Nr. 7 (1994), S. 12 f.
- 13) Vgl. J. Hentze / A. Kammel, a. a. O., S. 29 f.
- 14) Vgl. ebenda, S. 30 ff.
- 15) Vgl. V. Gmelin, a. a. O., S. 6 f.
- 16) Vgl. H.-U. Küpper, Industrielles Controlling, in: Industriebetriebslehre, Hrsg.: M. Schweitzer, München 1990, S. 789 ff.
- 17) Vgl. J. Hentze / A. Kammel, a. a. O., S. 39 ff.
- 18) Vgl. P. Horvath, Controlling, 4. Auflage, München 1991, S. 357 f.
- 19) Vgl. J. Hentze / A. Kammel, a. a. O., S. 75 ff.
- 20) Vgl. ebenda, S. 80 ff.
- 21) Zu einer ausführlichen Darstellung personalwirtschaftlicher Kennzahlen siehe beispielsweise G. Schott, Kennzahlen. Instrument der Unternehmensführung, 6. Auflage, Wiesbaden 1991, S. 163 ff.; C. Schulte, Personalcontrolling mit Kennzahlen, München 1989; E. Potthoff / K. Trescher, a. a. O., S. 230 ff.; Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), Richtzahlen für den Personalbedarf, in KGSt-Bericht Nr. 6 (1978); C. Meyer, Betriebswirtschaftliche Kennzahlen und Kennzahlen-Systeme, Stuttgart 1976, S. 81 ff.
- 22) Vgl. J. Hentze / A. Kammel, a. a. O., S. 118 ff.
- 23) Vgl. ebenda, S. 123 ff.
- 24) Vgl. A. Wagenhofer, Abweichungsanalysen bei der Erfolgskontrolle aus agency-theoretischer Sicht, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 44. Jg., Heft 4 (1992), S. 319.
- 25) J. Hentze / A. Kammel, a. a. O., S. 132 ff.
- 26) Vgl. J. Weber, Controlling – Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit eines erwerbswirtschaftlichen Führungsinstrumentes auf öffentliche Institutionen, in: Research Paper, No. 11 (1987), S. 25.
- 27) Vgl. B. Seidenschwarz, Controllingkonzept für öffentliche Institutionen – dargestellt am Beispiel einer Universität, München 1992, S. 161.
- 28) Vgl. J. Hentze / A. Kammel, a. a. O., S. 153.
- 29) Vgl. ebenda, S. 163 ff.
- 30) Vgl. M. Domsch, Systemgestützte Personalarbeit, Wiesbaden 1980, S. 17 ff.
- 31) H. Klages, Wie sieht die Verwaltung der Zukunft aus?, in: Verwaltungsrundschau, 41. Jg., Heft 1 (1995), S. 1 f.
- 32) Vgl. D. Budäus, a. a. O., S. 112.

Die Bautätigkeit im Jahre 1996

Die rezessive Gesamtentwicklung im Wohnungsbau hielt auch im Jahre 1996 an. Nach dem Einbruch der Wohnungsbaunachfrage im Jahre 1995, als rund ein Viertel an Wohngebäuden und Wohnungen weniger als 1994 nachgefragt wurden, setzte sich der Abwärtstrend – allerdings verlangsamt – im Jahre 1996 fort. Ein positives Signal setzte der Bau von Eigenheimen.

Im Bereich Nichtwohnbau waren die im Jahresvergleich errechneten Veränderungsraten fast ausnahmslos negativ, jedoch erreichten die veranschlagten Investitionssummen nahezu Vorjahresniveau.

Weniger Mietwohnungsbedarf verursacht Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen

Mit insgesamt 25 692 erteilten Wohnungsbaugenehmigungen sank die Nachfrage nach Wohnraum gegenüber 1995 (32 776) um rund 7 000 Einheiten bzw. 21,6 %. Die Differenzierung der Baugenehmigungen nach Gebäudearten zeigt, daß die schwächere Nachfrage nach Mietwohnungen Hauptursache für den Rückgang insgesamt ist. So wurden in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen 1996 (einschließlich Wohnheimwohnungen) 10 316 Einheiten genehmigt, das sind 6 600 bzw. 39 % weniger als im Vorjahr (16 904). Damit ist die Zurückhaltung im Mietwohnungsbau zu 94 % Auslöser der negativen Gesamtentwicklung im Wohnungsbau.

Die Gründe für den erneuten Rückgang der Investitionen in den Mietwohnungsbau sind vielfältig. So führt der verringerte Außenwanderungssaldo dazu, daß der zusätzliche Wohnraumbedarf – insbesondere für Mietwohnungen – langsamer steigt. Beleg dafür ist der – hervorgerufen durch die hohe Zahl der Baufertigstellungen – steigende Versorgungsgrad mit Wohnraum. Der Indikator „Wohnungen je 1 000 der Bevölkerung“ lag Ende 1996 in Rheinland-Pfalz bei 432. Ende 1994 hatte der Versorgungsgrad bei 422 und Ende 1995 bei 428 Wohnungen je 1 000 Einwohner gelegen.

Zudem haben sich regionale Überkapazitäten an Wohnraum in Geschosßbauwerken gebildet, denen ein geringer wachsendes, gleichbleibendes oder sogar sinkendes Nachfragepotential gegenübersteht. Stellvertretend sei hier die Stadt Kaiserslautern genannt. Hier hat sich das Wohnraumangebot Ende 1996 durch Baufertigstellungen und Freiwerden ehemaliger Kasernenwohnungen alliierter Streitkräfte auf 506 Wohnungen je 1 000 Einwohner erhöht. Es verwundert daher nicht, daß Investitionen in den Bau zusätzlicher Mietwohnungen vor diesem Szenario kaum noch realisiert werden sollen. 1996 wurden hier nur noch 10 genehmigte Mehrfamilienhäuser mit zusammen 67 Wohnungen geplant. Sehr gering war auch die Anzahl geplanter neuer Mietwohngebäude in Frankenthal (5), Zweibrücken (4) und Pirmasens (7), so daß der Mietwohnungsbau in diesen Gebieten fast zum Erliegen gekommen ist.

Insgesamt wurden 1996 in Rheinland-Pfalz 10 961 Wohnneubauten genehmigt, davon waren nur 1 666 (15 %) mehrgeschossige Bauwerke, wobei Wohnheimgebäude mitberücksichtigt sind. Davon werden nur 286 Gebäude (17 %) ihren Standort in den zwölf kreisfreien Städten haben. Im Vorjahr waren im Land noch 2 393 Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen genehmigt worden, davon 497 (21 %) in den Städten.

Der bei kurzfristiger Betrachtungsweise dramatisch wirkende Konjunkturerinbruch im Mietwohnungsbau der Jahre 1995 (– 22,7 %) und 1996 (– 39 %) relativiert sich bei einem Vergleich mit dem errechneten Durchschnitt der letzten zehn Berichtsjahre. Pro Jahr wurden in diesem Beobachtungszeitraum im Mittel 11 105 Mietwohnungen zum Bau freigegeben. Das Ergebnis des Jahres 1996 (10 316 Wohnungen) liegt um rund 800 Einheiten unter diesem Durchschnittswert, aber noch deutlich über den Werten für die Jahre 1987 (2 421 Wohnungen), 1989 (5 346) oder 1990 (8 752). Für die am Bau von Wohnungen beteiligten Unternehmen kann dies jedoch kein Trost sein; es gilt die Folgen des konjunkturellen Abschwungs im Mietwohnungsbau wenig-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1987 bis 1996

Jahr	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern ²⁾
1987	13 301	1 280	239	11 782	7 013	2 348	2 421
1988	14 614	1 411	242	12 961	7 550	2 500	2 911
1989	18 235	1 692	344	16 199	7 843	3 010	5 346
1990	24 426	3 325	357	20 744	8 052	3 940	8 752
1991	27 046	3 384	475	23 187	7 393	3 714	12 080
1992	29 271	3 368	609	25 294	7 281	4 862	13 151
1993	34 448	3 748	423	30 277	7 666	5 304	17 307
1994	42 656	4 504	542	37 610	8 634	7 116	21 860
1995	32 776	3 959	545	28 272	6 488	4 880	16 904
1996	25 692	3 296	529	21 867	7 039	4 512	10 316

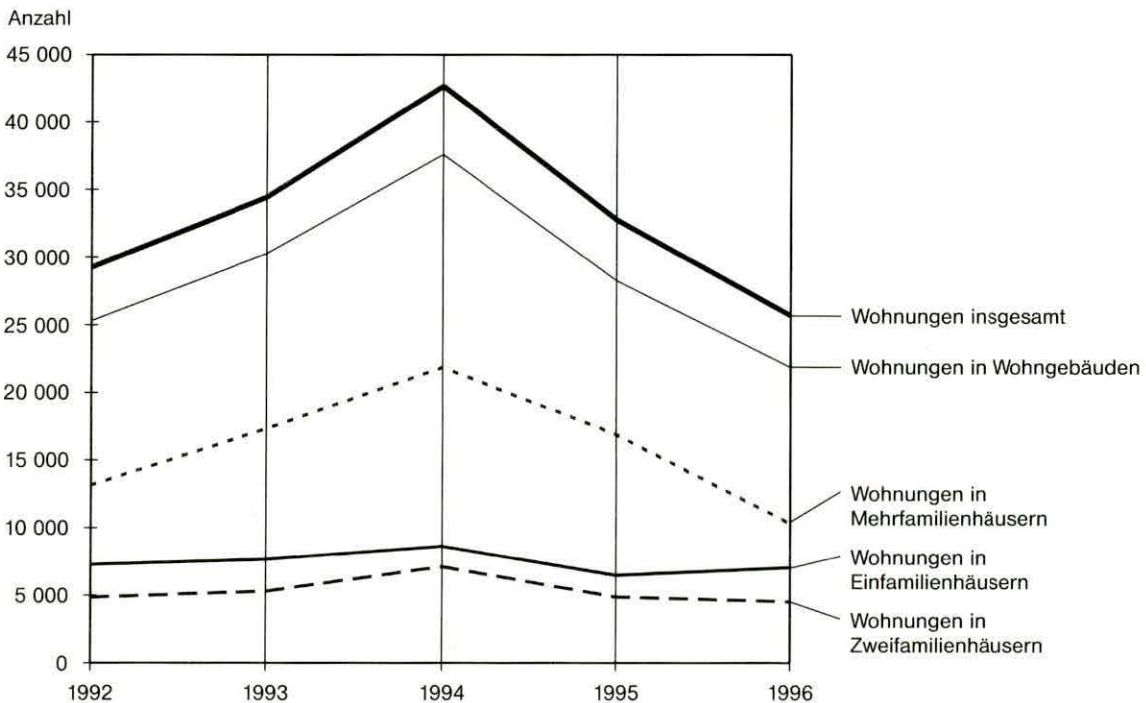
1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Baugenehmigungen im Wohnbau 1996 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt (einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)				Errichtung neuer Gebäude						
	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	Woh- nungen ins- gesamt	Wohn- fläche	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Ge- bäude ins- gesamt	darunter mit		Raum- inhalt	Wohnungen		Veran- schlagte Kosten der Bauwerke
						1 Woh- nung	2 Woh- nungen		ins- gesamt	Wohn- fläche	
	Anzahl	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	Anzahl			1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	231	612	52,9	151 766	153	76	18	265	581	47,2	117 768
Landkreise											
Ahrweiler	577	1 166	106,9	254 230	420	235	100	516	1 020	93,6	223 352
Altenkirchen (Ww.)	737	957	106,5	245 125	530	358	115	524	872	94,0	220 146
Bad Kreuznach	604	1 150	105,2	253 264	403	244	99	502	998	88,0	218 661
Bad Kreuznach, St.	145	353	27,2	68 765	102	63	19	139	320	24,3	62 043
Birkenfeld	329	406	45,5	122 048	205	154	28	225	338	36,9	92 352
Idar-Oberstein, St.	82	138	12,1	30 987	41	25	4	55	114	9,4	24 003
Cochem-Zell	382	515	56,1	141 870	271	184	60	285	425	47,1	121 700
Mayen-Koblenz	1 014	1 768	182,9	443 949	786	455	165	908	1 642	167,4	407 504
Andernach, St.	81	177	16,3	36 225	59	38	6	80	164	15,1	32 970
Mayen, St.	62	102	10,5	22 417	45	23	11	49	90	9,2	20 144
Neuwied	789	1 227	130,8	301 887	619	420	119	658	1 148	119,6	280 393
Neuwied, St.	184	355	33,7	78 078	129	92	17	164	321	29,4	69 945
Rhein-Hunsrück-Kreis	532	769	86,0	205 581	386	242	83	432	712	75,2	182 598
Rhein-Lahn-Kreis	721	1 169	116,8	269 218	466	307	93	549	1 032	99,4	231 616
Lahnstein, St.	72	233	16,4	36 585	29	10	8	70	219	14,8	32 353
Westerwaldkreis	957	1 331	158,9	381 421	800	540	175	844	1 264	148,7	359 220
RB Koblenz	6 873	11 070	1 148,4	2 770 359	5 039	3 215	1 055	5 708	10 032	1 016,9	2 455 310
Kreisfreie Stadt Trier	117	301	24,5	57 759	67	34	10	110	280	21,8	47 831
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	411	568	66,5	159 295	331	243	61	353	507	59,7	146 123
Bitburg-Prüm	505	580	71,7	169 775	336	244	66	368	476	58,0	142 212
Daun	523	700	75,6	171 631	339	234	60	363	569	62,3	145 205
Trier-Saarburg	716	1 115	119,6	266 521	559	396	89	593	980	104,7	237 165
RB Trier	2 272	3 264	357,9	824 981	1 632	1 151	286	1 788	2 812	306,5	718 536
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	73	112	11,1	28 096	30	19	6	43	77	7,4	18 794
Kaiserslautern	117	162	18,3	48 380	82	62	10	79	149	16,0	42 468
Landau i. d. Pfalz	149	195	18,0	50 435	53	35	6	84	152	13,9	38 447
Ludwigshafen a. Rhein	335	784	68,7	165 333	218	137	12	318	739	61,2	143 919
Mainz	308	512	63,2	151 443	178	85	41	283	566	53,4	127 021
Neustadt a. d. Weinstr.	180	305	30,9	69 767	81	43	21	125	218	23,7	54 625
Pirmasens	61	115	11,1	21 853	25	13	5	34	62	6,7	15 005
Speyer	145	304	26,5	70 884	83	66	5	122	262	20,8	47 895
Worms	129	268	24,9	65 336	100	75	9	128	262	22,3	59 121
Zweibrücken	116	230	16,6	41 657	72	51	17	83	102	13,5	33 789
Landkreise											
Alzey-Worms	645	936	106,0	259 063	460	287	122	513	840	92,3	233 723
Bad Dürkheim	657	946	101,0	257 217	383	246	69	453	737	78,6	203 832
Donnersbergkreis	430	629	69,8	161 434	251	150	57	308	511	54,5	129 833
Germersheim	614	846	98,5	257 535	353	209	88	477	763	79,5	216 720
Kaiserslautern	502	722	90,7	210 403	342	207	98	418	624	75,7	180 590
Kusel	423	509	59,5	142 192	253	165	66	271	410	46,4	114 080
Südliche Weinstraße	482	717	81,5	214 736	315	195	72	389	610	67,5	180 150
Ludwigshafen	618	747	82,5	213 297	316	188	67	370	599	63,3	167 116
Mainz-Bingen	580	937	97,6	237 687	354	198	82	431	791	79,3	194 108
Bingen am Rhein, St.	56	100	9,9	24 614	30	11	8	43	85	7,9	19 346
Ingelheim am Rh., St.	70	108	11,3	29 207	35	18	9	51	94	9,0	22 358
Südwestpfalz	533	639	77,7	183 450	341	242	62	378	549	65,1	158 250
RB Rheinhessen-Pfalz	7 097	10 615	1 154,0	2 850 198	4 290	2 673	915	5 307	9 023	941,0	2 359 486
Rheinland-Pfalz	16 242	24 949	2 660,3	6 445 538	10 961	7 039	2 256	12 803	21 867	2 264,5	5 533 332
Grenzregion Trier/Westpfalz ¹⁾	4 783	6 676	747,1	1 756 398	3 203	2 195	629	3 583	5 557	621,2	1 484 903
Kreisfreie Städte	1 961	3 900	366,7	922 709	1 142	696	160	1 675	3 450	307,7	746 683
Landkreise	14 281	21 049	2 293,7	5 522 829	9 819	6 343	2 096	11 128	18 417	1 956,8	4 786 649

1) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz.

Wohnungsbaugenehmigungen 1992 bis 1996



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 83/97/Mo

stens teilweise im Eigenheim- bzw. im Nichtwohnbau zu kompensieren, um die negativen Folgen für die Beschäftigungssituation im Hochbau aufzufangen.

Wieder Wachstum bei Einfamilienhäusern

Im Gegensatz zum Mietwohnungsbau verlief die Entwicklung im Eigenheimbau stabiler, beim Bau von Einfamilienhäusern war der Trend gegenüber 1995 sogar wieder positiv. So entschlossen sich 1996 insgesamt 7 039 Bauherren zur Errichtung von Einfamilienhäusern, das sind rund 550 Gebäude bzw. Wohnungen mehr (+ 8,5 %) als 1995 (6 488). Auf den im weiteren Sinne ebenfalls zum Eigenheimbau zählenden Zweifamilienhausbau entfielen Baufreigaben für 2 256 neue Gebäude mit 4 512 Wohneinheiten (- 7,5 %). Im Vergleichsvorjahr waren 2 440 Gebäude mit 4 880 Einheiten geplant gewesen. Insgesamt sind in den 9 295 neuen Ein- und Zweifamilienhäusern (1995: 8 928) 11 551 Wohnungen vorgesehen, etwas mehr (+ 1,6 %) als 1995 (11 368). Darüber hinaus sahen die Planungen der Bauherren 529 Wohnungen in Nichtwohngebäuden vor. Durch bauliche Veränderungen an bereits bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden werden weitere 3 296 Einheiten (1995: 3 959) entstehen.

Anders als beim Bau von Mietwohnungen stellen sich die Aussichten im Eigentumssektor ungleich besser dar. Die anhaltend starke Präferenz für Wohnen und Wohneigentum ist ein Stabilitätsfaktor der beim „stör-anfälligen“ bedarfs- und renditeorientierten Bau von Mietwohnungen fehlt. Während im Mietenbereich zur

Zeit die kontraproduktiven Kräfte überwiegen, sind es im Eigenheimbereich eher die den Wohnungsbau stimulierenden Einflüsse, die die Zukunftsaussichten in besserem Licht erscheinen lassen. Neben der genannten „Eigentumspräferenz“ versetzt das anhaltend niedrige Zinsniveau viele Bauherren in die Lage, den Wunsch nach Eigentum zu realisieren.

Schließlich haben zunehmend viele Personen und Haushalte erkannt, daß Wohneigentum ein wichtiger Eckpfeiler einer zusätzlichen Alterssicherung sein kann. Die sich abzeichnende Rentenentwicklung mit einer zukünftigen Herabsetzung des durchschnittlichen Rentenniveaus ist ein Signal, das den Stellenwert einer beitragsunabhängigen Altersversorgung noch erhöht.

Insgesamt wurde im Jahre 1996 in Rheinland-Pfalz die Errichtung von 10 961 neuen Wohngebäuden geplant. Das sind rund 400 Gebäude weniger (- 3,2 %) als 1996 (11 321). In den Landkreisen ist die Errichtung von 9 819 (89,6 %) Wohnbauten vorgesehen, in den kreisfreien Städten waren es hingegen nur 1 142 (10,4 %).

Die meisten 1996 genehmigten Einfamilienhäuser liegen im Westerwaldkreis (540). Es folgen die Kreise Mayen-Koblenz (455), Neuwied (420), Trier-Saarburg (398) und Altenkirchen (358). Auffällig ist, daß in keinem der Landkreise des Regierungsbezirkes Rheinhessen-Pfalz der Bau von 300 oder mehr Einfamilienhäusern genehmigt werden konnte. Für den Landkreis Alzey-Worms errechnet sich der Spitzenwert des Bezirks mit 287 genehmigten Gebäuden.

1996 geringere Bauproduktion

Die zu erbringende Bauproduktion im Wohn- und Nichtwohnbau erreichte 1996 nicht das Volumen des Jahres 1995. Besser noch als der Vergleich zwischen Gebäude- bzw. Wohnungszahl sind die Indikatoren Rauminhalt, Wohn- und Nutzfläche und veranschlagte Baukosten zur Beurteilung der Konjunkturlage im Hochbau geeignet.

Im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude) beziffert sich das Genehmigungsvolumen auf 12,8 Mill. Kubikmeter umbauten Raumes, das sind knapp 15 % weniger als im Vorjahr (15 Mill. m³). Davon entfielen auf Einfamilienhäuser rund 6,2 Mill. Kubikmeter (1995: 5,8 Mill. m³) und auf Wohngebäude mit zwei Wohnungen fast 2,7 Mill. Kubikmeter (2,9 Mill. m³). Im Geschößwohnungsbau war ein umbautes Volumen von 3,95 Mill. Kubikmeter konstruiert, das sind rund 2,4 Mill. Kubikmeter weniger (- 37,6 %).

An Wohnfläche haben die künftigen Eigentümer insgesamt fast 2,3 Mill. Quadratmeter (- 16 %) für ihre neuen Wohngebäude eingeplant. 1995 sollten knapp 2,7 Mill. Quadratmeter Wohnfläche produziert werden. Je genehmigte Wohnung errechnet sich ein durchschnittliches Wohnraumangebot von fast 104 Quadratmetern, wobei Einfamilienhauswohnungen über komfortable 144, Zweifamilienhauswohnungen über im Schnitt 107 und Mietwohnungen über 76 Quadratmeter Wohnraum verfügen werden.

Die veranschlagten reine Baukosten der genehmigten Wohngebäude bezifferten sich 1996 auf insgesamt

gut 5,5 Mrd. DM. Davon fließen mehr als 2,6 Mrd. DM in den Bau neuer Einfamilienhäuser und gut 1,1 Mrd. DM in Wohngebäude mit zwei Wohnungen. 1,75 Mrd. DM kosten die neuen Mietwohngebäude mit drei und mehr Wohneinheiten (einschl. Wohnheime). Im Vorjahr hatten die Bauherren Gesamtinvestitionen von mehr als 6,4 Mrd. DM vorgesehen.

Im Schnitt kostet ein in 1996 genehmigtes Einfamilienhaus 375 000 DM (1995: 376 600). Je Zweifamilienhaus waren 503 000 DM (495 400) zu veranschlagen, das sind 251 500 je Wohneinheit. Für eine Mietwohnung in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen waren bei durchschnittlichen Bauwerkskosten von knapp über einer Million DM je Wohnung 172 400 DM (163 900) zu finanzieren.

Gegenüber 1995 verursachte die schwächere Investitionsneigung im Wohnbau insgesamt einen Rückgang an geplanten Bauinvestitionen von rund 890 Mill. DM (- 13,9 %). Die vorgesehenen Investitionen im Mehrfamilienhausbau (ohne Wohnheime) gingen binnen eines Jahres drastisch von rund 2,7 auf gut 1,7 Mrd. DM (- 37 %) zurück. Die Bauwirtschaft konnte durch den verstärkten Bau neuer Eigenheime diesen Umsatzverlust im Wohnungsbau wertmäßig nur zu rund einem Zehntel wieder auffangen.

Einschließlich der 3 296 durch Baumaßnahmen an bereits bestehenden Wohngebäuden zu schaffenden Wohnungen beziffert sich das gesamte Baukostenvolumen im Wohnbau auf rund 6,45 Mrd. DM und lag damit um etwa 940 Mill. DM unter den vorgesehenen Investitionen des Vorjahres (- 12,7 %).

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Wohnbau 1996 nach Gebäudearten, Wohnungen und Bauherren

Bauherr	Errichtung neuer Gebäude					Wohnungen insgesamt ²⁾
	Wohn- gebäude insgesamt	davon Wohngebäude mit ...			Wohnungen ¹⁾	
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen		
Baugenehmigungen						
Öffentliche Bauherren	37	29	1	6	78	164
Wohnungsunternehmen	1 307	727	128	449	5 193	5 332
Private Bauherren	9 606	6 279	2 125	1 198	16 542	19 380
Selbständige	1 995	1 030	434	527	5 026	5 903
Beamte und Angestellte	5 146	3 597	1 105	444	7 750	8 850
Arbeiter	1 687	1 189	405	93	2 331	2 795
Rentner und Pensionäre	200	125	42	33	351	540
Sonstige private Haushalte	578	338	139	101	1 084	1 292
Organisationen ohne Erwerbszweck	11	4	2	5	54	73
Insgesamt	10 961	7 039	2 256	1 658	21 867	24 949
Baufertigstellungen						
Öffentliche Bauherren	15	3	4	6	59	73
Wohnungsunternehmen	1 084	395	124	562	6 446	6 727
Private Bauherren	8 652	5 351	1 970	1 327	16 855	19 465
Selbständige	1 802	810	377	611	5 887	6 695
Beamte und Angestellte	4 831	3 182	1 119	530	7 831	8 909
Arbeiter	1 432	1 012	343	77	1 990	2 402
Rentner und Pensionäre	157	98	33	26	262	395
Sonstige private Haushalte	430	249	98	83	885	1 064
Organisationen ohne Erwerbszweck	14	3	2	7	89	87
Insgesamt	9 765	5 752	2 100	1 902	23 449	26 352

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. - 2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

**Genehmigte quantitative Neubauleistung und Baukosten im Wohn- und Nichtwohnbau
(Errichtung neuer Gebäude) 1987 bis 1996**

Jahr	Rauminhalt			Wohn- / Nutzfläche			Veranschlagte reine Baukosten		
	insgesamt	Wohnbau	Nicht- wohnbau	insgesamt	Wohnbau	Nicht- wohnbau	insgesamt	Wohnbau	Nicht- wohnbau
	1 000 m ³			1000 m ²			1 000 DM		
1987	15 943	8 030	7 913	2 623	1 308	1 315	4 190 321	2 593 069	1 597 252
1988	17 422	8 717	8 705	2 913	1 423	1 491	4 464 300	2 828 323	1 635 977
1989	20 024	10 076	9 948	3 318	1 671	1 648	5 065 013	3 287 806	1 777 207
1990	23 293	12 318	10 975	3 837	2 096	1 741	6 282 362	4 147 987	2 134 375
1991	24 604	12 540	12 064	4 087	2 181	1 906	6 967 116	4 454 789	2 512 327
1992	25 756	13 917	11 839	4 255	2 410	1 845	7 837 981	5 243 058	2 594 923
1993	25 501	15 907	9 594	4 315	2 816	1 500	8 724 837	6 395 622	2 329 215
1994	29 567	19 699	9 868	5 078	3 538	1 541	10 495 253	8 175 894	2 319 359
1995	24 776	15 027	9 749	4 284	2 695	1 589	8 530 448	6 424 113	2 106 335
1996	21 700	12 803	8 897	3 743	2 265	1 479	7 624 593	5 533 332	2 091 261
%									
1987	100	50,4	49,6	100	49,9	50,1	100	61,9	38,1
1988	100	50,0	50,0	100	48,8	51,2	100	63,4	36,6
1989	100	50,3	49,7	100	50,3	49,7	100	64,9	35,1
1990	100	52,9	47,1	100	54,6	45,4	100	66,0	34,0
1991	100	51,0	49,0	100	53,4	46,6	100	63,9	36,1
1992	100	54,0	46,0	100	56,6	43,4	100	66,9	33,1
1993	100	62,4	37,6	100	65,3	34,7	100	73,2	26,8
1994	100	66,6	33,4	100	69,7	30,3	100	77,9	22,1
1995	100	60,7	39,3	100	62,9	37,1	100	75,3	24,7
1996	100	59,0	41,0	100	60,5	39,5	100	72,6	27,4

Höchste Baukraft im ländlichen Raum

Die veranschlagten reinen Baukosten gemäß DIN 276 – ohne Grundstückskosten, ohne Baunebenkosten, ohne Sonderausstattungen der Gebäude und ohne Erschließungskosten – ergeben bezogen auf die Anzahl der Einwohner eine Maßzahl, die als „Baukraft“ bezeichnet werden kann. Die Kennziffer bezeichnet das Wertschöpfungsvolumen pro Kopf im Hochbau. Da im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik die je Bauwerk angefallenen Löhne, Materialkosten, Eigenleistungen etc. nicht erfragt werden, bleiben diese Wertschöpfungskomponenten bei der Errechnung der Baukraft unberücksichtigt.

Eine regionalisierte Berechnung der „Baukraft“ im Wohn- und Nichtwohnbau (einschließlich Baumaßnahmen) auf der Ebene der Landkreise für das Jahr 1996 fördert überraschende Ergebnisse zutage:

Mit einer Baukraft von fast 3 700 DM je Einwohner lag der Landkreis Daun unangefochten an der Spitze. Pro Kopf-Investitionen von mehr als 3 000 DM im Hochbau waren außerdem nur noch im Kreis Cochem-Zell zu verzeichnen (3 200 DM). Im Kreis Mayen-Koblenz sollen 2 998 DM je Einwohner investiert werden, der Kreis Gernersheim folgt mit 2 963 vor Bad Dürkheim (2 858). Der Vergleichswert für das Land Rheinland-Pfalz stellt sich auf 2 336 DM je Einwohner.

Die geringste Baukraft war in einigen kreisfreien Städten zu beobachten. So lagen Ludwigshafen (1 547), Worms (1 313), Trier (1 307 DM) und Pirmasens (1 007) weit unter dem Landesmittel. Den letzten Platz unter den 36 Stadt- bzw. Kreisgebieten nahm die Stadt Kaiserslautern mit nur 990 DM Baukraft je Einwohner ein. Der Berechnung liegt ein zum Zeitpunkt der erteilten Baugenehmigung geplantes Finanzierungsvolumen

von etwas mehr als 9,3 Mrd. DM zugrunde. Davon waren 2,86 Mrd. DM für Nichtwohnbaumaßnahmen (31 %) und rund 6,45 Mrd. DM (69 %) für Wohnbaumaßnahmen vorgesehen.

Die nominal höchsten Hochbauinvestitionen (Wohn- und Nichtwohnbau) sollen im Kreis Mayen-Koblenz (614 Mill. DM) getätigt werden. Es folgen der Westerwaldkreis (506 Mill. DM) und die Stadt Mainz (493 Mill. DM).

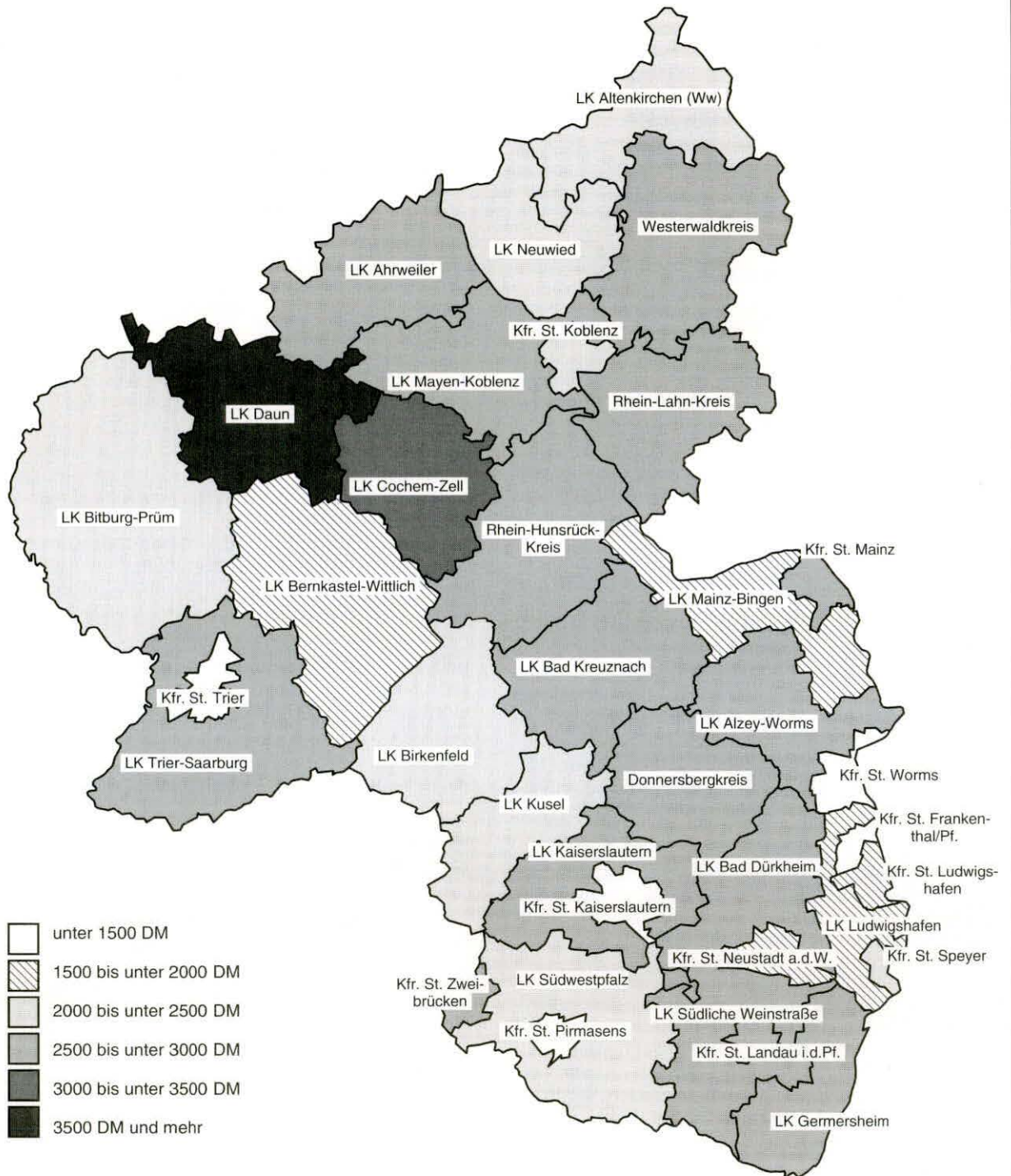
Fertighaushersteller verzeichneten mehr Aufträge

Die Hersteller von vorgefertigten Wohngebäuden hatten 1996 gegenüber dem Vorjahr mehr Aufträge zu verzeichnen. Insgesamt entschieden sich die Bauherren

Gebiete mit höchster Baukraft im Wohn- und Nichtwohnbau 1996

Wohnbau		Wohn- und Nichtwohnbau	
Gebiet	Ver- anschlagte Baukosten je Einw.	Gebiet	Ver- anschlagte Baukosten je Einw.
	DM		DM
Daun	2 728	Daun	3 699
Alzey-Worms	2 208	Cochem-Zell	3 202
Cochem-Zell	2 186	Mayen-Koblenz	2 998
Mayen-Koblenz	2 166	Gernersheim	2 963
Gernersheim	2 158	Bad Dürkheim	2 858
Donnersbergkreis	2 115	Donnersbergkreis	2 776
Rhein-Lahn-Kreis	2 114	Alzey-Worms	2 759
Ahrweiler	2 025	Ahrweiler	2 708
Südl. Weinstraße	2 004	Rhein-Lahn-Kreis	2 692
Trier-Saarburg	1 987	Mainz, Stadt	2 686
Rheinland-Pfalz	1 618	Rheinland-Pfalz	2 336

Baukraft im Wohn- und Nichtwohnbau
DM je Einwohner 1996
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

für den Bau von 1 122 vorgefertigten Wohngebäuden (+ 22 %), in denen zusammen 1 413 Wohneinheiten (+ 24 %) liegen werden. Im Vorjahr hatten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsämter Baugenehmigungen für 920 Gebäude mit 1 139 Einheiten ausgesprochen.

Daß die Hersteller der vorgefertigten Wohnhäuser vorwiegend im Eigenheimbau tätig sind, macht die Struktur der genehmigten Wohngebäude deutlich. So waren 82 % der neu zu errichtenden Wohngebäude Einfamilienhäuser (919), 16 % der Gebäude (179) werden über zwei Wohneinheiten verfügen. Im Mehrfamilienhausbau waren es nur 24 Bauwerke. Dies hatte 1996 zur Folge, daß die Herstellerfirmen von der insgesamt zurückgehenden Wohnungsbaunachfrage nicht tangiert wurden. Im Gegenteil: Bei den Wohngebäuden konnte der Marktanteil von 8 % in 1995 auf gut 10 % gesteigert werden. Bezogen auf die insgesamt zu errichtenden Neubauwohnungen im Wohnbau bezifferte sich der Anteil an vorgefertigten Wohnungen auf 6,5 %, nachdem er 1995 mit 4 % niedriger gelegen hatte.

Die veranschlagten reinen Baukosten der 1996 genehmigten Fertigteilwohnbauten belaufen sich auf kalkulierte 402 Mill. DM. Gegenüber 1995 (321 Mill. DM) war ein Zuwachs von über 25 % zu verzeichnen. Der Anteil an allen geplanten Wohnungsbauinvestitionen (5,5 Mrd. DM) beträgt 7,3 % (1995: 5 %). Je Fertighaus hatten die Bauherren rund 360 000 DM zu finanzieren, die durchschnittlichen Kosten einer vorproduzierten Wohnung lagen bei knapp 285 000 DM. Ein in 1996 genehmigtes Einfamilienhaus mit 130 Quadratmeter Wohnfläche wurde im Schnitt mit 331 000 DM kalkuliert, das sind rund 2 550 DM je Quadratmeter.

Konventionell zu errichtende Eigenheime waren im Schnitt vergleichsweise größer (146 m²) und kosteten 382 000 DM je Gebäude bzw. 2 615 DM je Quadratmeter Wohnfläche. In den neuen Fertighäusern werden sich 163 000 Quadratmeter Wohnfläche befinden, je Wohnung sind das im Mittel rund 116 Quadratmeter.

Der Nachfrageanstieg im Fertigteilbau wurde ausschließlich von privaten Bauherren ausgelöst, denn 1 084 der Gebäude (97 %) hatten private Investoren zum Bauherrn. Die öffentliche Hand und die Organisationen waren im Fertigteilbau 1996 nicht vertreten, Wohnungsbauunternehmen ließen sich nur 37 neue vorgefertigte Wohnbauten genehmigen.

Weniger Nichtwohngebäude – aber Investitionen fast konstant

Während Wohngebäude in ihrer Gebäudestruktur relativ homogen und daher bezüglich der Merkmale Wohnungen sowie Wohn- und Geschosfläche verglichen werden können, sind Nichtwohngebäude als statistische Kategorie im allgemeinen sehr heterogen zusammengesetzt. Für einen Vergleich erscheinen daher weniger die Anzahl der Gebäude und der durchgeführten Baumaßnahmen an bereits bestehenden

Gebäuden geeignet, als vielmehr die Merkmale „Rauminhalt“, „Nutzfläche“ und die zum Zeitpunkt der erteilten Baugenehmigung „veranschlagten reinen Baukosten“ (ohne Baunebenkosten, ohne Grundstücks- und Erschließungskosten).

Insgesamt wurden 1996 im Nichtwohnbau 1 944 neue Gebäude zum Bau freigegeben, knapp 6 % weniger als 1995 (2 064). In den Nichtwohngebäuden soll eine Nutzfläche von fast 1,5 Mill. Quadratmetern geschaffen werden, womit die Neubauproduktion um knapp 7 % hinter dem Ergebnis für 1995 zurückblieb (rund 1,6 Mill. m²). An Rauminhalt weisen die neuen Wirtschafts- und Öffentlichkeitsbauten 8,9 Mill. Kubikmeter auf, 8,7 % weniger als im Vorjahr (9,7 Mill. m³).

Trotz dieser Produktionsverluste blieben die veranschlagten Baukosten der neuen Gebäude mit rund 2,1 Mrd. DM gegenüber der Vorperiode relativ konstant (- 0,7 %). Da je Nichtwohngebäude wie im Vorjahr gut eine Million DM zu finanzieren war, müssen bei geringerem Volumen bzw. geringerem Raumangebot die Kubik- und Quadratmeterpreise gestiegen sein. So hatten die Investoren je Quadratmeter Nutzfläche 1 414 DM und je Kubikmeter umbauten Raumes 235 DM zu kalkulieren. Im Vorjahr hatten die Vergleichswerte bei 1 326 DM und 216 DM gelegen. Es wäre jedoch falsch, hinsichtlich der beiden Parameter von allgemeinen Teuerungsraten von 6,6 bzw. 8,8 % auszugehen. Vielmehr dürften die höheren Kostenansätze in der Individualität einzelner Nichtwohngebäude mit besonders hohen baulichen Anforderungen bzw. hoher Bauausstattung begründet sein. Dies ist besonders im Anstaltsbau, bei Büro- und Verwaltungsgebäuden und Öffentlichkeitsbauten häufig der Fall, während Produktions-, Lager und Landwirtschaftsbauten in der Regel weitaus einfacheren baulichen Anforderungen genügen. Die zum Zeitpunkt der Bauplanung zugrunde gelegten durchschnittlichen Baukosten je Gebäudeart belegen dies. Im Schnitt kostete ein Anstaltsbau überproportionale 9,4 Mill. DM, ein Büro- bzw. Verwaltungsbau 2,6 und ein sonstiges Nichtwohngebäude 2,1 Mill. DM. Nichtlandwirtschaftliche und landwirtschaftliche Betriebsgebäude wurden dagegen mit nur 936 000 bzw. 277 000 DM je Bauwerk veranschlagt.

Mit 1 101 Baufreigaben wurden 1996 am häufigsten nichtlandwirtschaftliche Nichtwohngebäude genehmigt, es folgen landwirtschaftliche Betriebsgebäude (495), sonstige Nichtwohngebäude (184), Büro- und Verwaltungsgebäude (148) und die Anstaltsbauten (16). 1 635mal war ein Unternehmen Bauherr eines Nichtwohngebäudes, öffentliche Bauherren waren 151 mal beteiligt. Auf private Bauherren und Organisationen entfielen 93 bzw. 65 Baugenehmigungen.

Neben der reinen Neubautätigkeit registrierten die Bauaufsichtsbehörden 1996 zusätzlich 1 597 Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden (1995: 1 569). Diese Aus-, Um- oder Erweiterungsbaumaßnahmen hatten ein geplantes Finanzvolumen von 770 Mill. DM, das sind 480 000 DM je Maßnahme. Der durch Veränderungsbaumaßnahmen ausgelöste Nutzflächenzuwachs beträgt per Saldo fast 300 000 Quadratmeter.

Baufertigstellungen rückläufig

Der starke Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen des Jahres 1995 um rund 9 300 Wohnungen im Neubaubereich und um fast 10 000 Wohnungen insgesamt (einschließlich Baumaßnahmen) wirkt nach erfolgter Abwicklung der Bauvorhaben auf das Baufertigstellungsergebnis des Jahres 1996. Insgesamt meldeten die Bauverwaltungen 26 989 Wohnungen bezugsreif, das sind 22,5 Prozent weniger als 1995 (34 822). In neuen Wohngebäuden befinden sich 23 449 fertiggestellte Wohnungen (1995: 30 467). Davon sind 5 752 bezugsreife Einfamilienhauswohnungen, 4 200 Wohnungen liegen in Wohngebäuden mit zwei Wohnungen und 13 497 sind Mietwohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimwohnungen). Auf Aus- und Umbaumaßnahmen entfielen 3 102 Wohnungen, in Nichtwohngebäuden liegen weitere 438 fertiggestellte Wohneinheiten. Je Tausend der Bevölkerung wurden 6,7 Wohnungen bezugsreif, zwei weniger als 1995.

Trotz des Rückganges der Wohngebäudefertigstellungen um rund 3 000 Gebäude auf 9 765 (- 24 %) und um 7 800 Wohnungen (- 22,5 %) hat sich die Wohnungsversorgung in Rheinland - Pfalz binnen Jahresfrist nochmals verbessert. So standen Ende 1996 für tausend Rheinland - Pfälzer 432 Wohnungen zur Verfügung (1995: 428). Recht unterschiedlich stellt sich der Versorgungsgrad in Stadt und Land dar. In den Gebieten der kreisfreien Städte mit einer durch die geringeren Haushaltsgrößen determinierten stärkeren Wohnraumnachfrage war der Versorgungsgrad mit 483 Wohnungen je 1 000 Einwohner deutlich höher als in den Gebieten der Landkreise (415). Die Spitzenwerte wurden in den Städten Mainz (508), Kaiserslautern (506), Koblenz und Trier (495), also Städten mit vergleichsweise hohen Mietwohnungsbeständen registriert.

Der Nettozugang von 26 989 bezugsfertigen Wohnungen erhöhte den Wohnungsbestand im Land von 1 695 062 auf 1 721 845 Wohnungen (+ 1,6 %). Die meisten Bestandswohnungen sind Einfamilienhauswohnungen (40 %). Es folgen die Geschößwohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten (34,8 %)



sowie Zweifamilienhauswohnungen (23,5 %). In nicht vorwiegend Wohnzwecken dienenden Gebäuden liegen nur 1,7 % aller Wohnungen. Innerhalb der Wohnungsstruktur sind Vier - Raum - Wohnungen (436 787) und Fünf - Raum - Wohnungen (355 948) am häufigsten vertreten. Es folgen Einheiten mit drei Räumen (292 796) vor den Großwohnungen mit sieben bzw. sechs nutzbaren Wohnräumen (277 550 bzw. 248 767). Kleinwohnungen sind im Wohnungsbestand weit schwächer repräsentiert. 75 665 (4,4 %) Wohnungen weisen zwei Räume auf, nur 2 % sind Appartements mit einem Wohnraum.

Der Wohngebäudebestand bezifferte sich am Jahresende 1996 auf 996 927 Gebäude und wird Ende 1997 über der Millionengrenze liegen. Der Gebäudebestand umfaßt 688 290 Eigenheime mit einer Wohnung (69 %), 202 354 Gebäude mit zwei Wohnungen (20,3 %) und 106 283 Gebäude mit drei und mehr Wohnungen (10,7 %). Alle Wohnungen zusammen verfügen über 8 246 909 Räume, je Wohnung sind das fast 5 Räume.

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1987 bis 1996

Jahr	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern ²⁾
1987	14 796	1 280	205	13 311	6 080	3 560	3 671
1988	14 068	1 213	290	12 565	6 728	2 654	3 183
1989	16 062	1 315	250	14 497	8 144	2 954	3 399
1990	16 650	1 064	336	15 250	7 062	2 870	5 318
1991	19 603	1 550	281	17 772	7 043	3 222	7 507
1992	20 705	1 967	389	18 349	6 820	3 146	8 383
1993	25 901	1 515	402	23 984	7 335	4 134	12 515
1994	33 447	2 773	377	30 297	8 830	5 818	15 649
1995	34 822	3 896	459	30 467	7 440	5 640	17 387
1996	26 989	3 102	438	23 449	5 752	4 200	13 497

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. - 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Der vorhandene Wohnflächenbestand erhöhte sich binnen Jahresfrist um rund 2,7 Mill. auf fast 165 Mill. Quadratmeter.

Gut 46 000 Wohnungen in der Bauabwicklung

Im Berichtsjahr 1996 befanden sich rund 46 100 genehmigte Neubauwohnungen in der Bauabwicklung. Damit wurde Ende 1996 ein Bauüberhangergebnis registriert, daß an das Vorjahresergebnis von 48 612 Wohnungen nahezu heranreicht. Von den zu errichtenden Wohneinheiten befanden sich am Jahresende 20 286 (44 %) bereits unter Dach, bei 9 140 (20 %) stand das Bauwerk noch nicht unter Dach. In 16 663 Fällen (36 %) war mit der Bauausführung noch nicht begonnen worden. Die meisten Überhangswohnungen (24 095) befanden sich in 3 423 noch zu errichtenden Mehrfamilienhäusern, 11 412 waren Eigenheime mit einer Wohneinheit. Die übrigen Wohneinheiten (8 584 bzw. 772) liegen in 4 292 Zweifamilienhäusern bzw. 17 neu zu errichtenden Wohnheimgebäuden.

Unter Berücksichtigung aller Baumaßnahmen (Aus-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen) stellt sich der gesamte Wohnungsüberhang Ende 1996 auf 51 360 Wohneinheiten, denen 28 789 genehmigte Bauanträge zugrunde liegen. Diese stammen fast zur Hälfte aus dem Genehmigungsjahr 1996 (13 978). Die übrigen Baugenehmigungen wurden 1995 ausgesprochen (7 925 bzw. 27,5 %). Aus dem Jahre 1994 stammen 3 802 (13,2 %), aus 1993 oder den Vorjahren 3 084 (10,7 %) der erteilten Baufreigaben. Den höchsten Bauüberhang wies Ende 1996 der Landkreis Bad Dürkheim auf. Hier sollen noch 3 499 derzeit geplante oder im Bau befindliche Wohnungen fertiggestellt werden. Dahinter rangieren der Kreis Mayen-Koblenz mit 3 365 und der Kreis Bad Kreuznach mit 2 593 Überhangswohnungen.

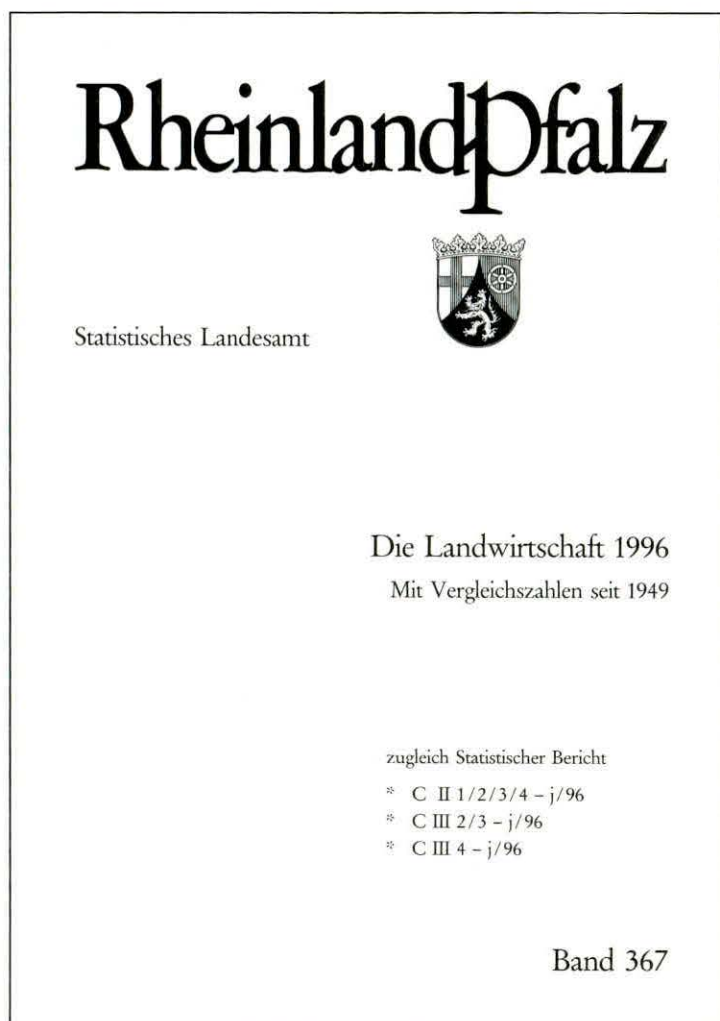
An Nichtwohngebäuden sind 3 314 geplante neue Gebäude noch nicht als fertiggestellt gemeldet worden. Darunter befinden sich 1 844 nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude und 820 Landwirtschaftsgebäude.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Band 367 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

Die Landwirtschaft 1996

Mit Vergleichszahlen seit 1949



Der Band enthält ausgewählte Ergebnisse aus der Agrarstatistik für das Jahr 1996, ergänzt um Vergleichszahlen früherer Jahre. Aus der Agrarberichterstattung 1995 wurden Daten über Betriebe nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens und über Betriebssysteme aufgenommen, die zum Redaktionsschluß für die letztjährige Veröffentlichung noch nicht vorlagen. Zusammengefaßte Tabellen für die anderen Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten ermöglichen überregionale Vergleiche. Dem Tabellenteil sind kurze Beschreibungen der einzelnen Erhebungen vorangestellt.

Die Ergebnisse werden, soweit sie nicht aus Stichprobenerhebungen stammen, in der Regel auch für kreisfreie Städte und Landkreise, beim Weinbau für Anbaugebiete und Bereiche, nachgewiesen. Sofern an anderer Stelle oder in anderen Veröffentlichungen Daten vorliegen, die sowohl in sachlicher als auch in regionaler Gliederung über die hier veröffentlichten hinausgehen, wird darauf hingewiesen.

Den Band 367 „Die Landwirtschaft 1996“ können Sie beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, Telefon 0 26 03 / 71 245, bestellen. Der Preis beträgt 13,40 DM zuzüglich Versandkosten.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 963	3 986	3 979	3 980	3 980
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 910	1 895	857	1 359	1 322	720 ^p	910 ^p	1 212 ^p	1 540 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,8	5,7	2,7	4,0	4,0	2,1 ^p	3,0 ^p	3,6 ^p	4,7 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 307	3 411	3 138	3 283	3 166	3 032 ^p	3 267 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	10,2	9,9	9,7	9,7	8,9 ^p	10,7 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 583	3 646	4 167	3 981	3 598	3 970 ^p	3 830 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	13,2	11,8	11,0	11,7 ^p	12,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	17	10	27	16	11 ^p	20 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,5	5,0	3,2	8,1	5,0	3,3 ^p	6,5 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 276	- 236	- 1 029	- 698	- 432	- 938 ^p	- 563 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,7	- 3,3	- 2,1	- 1,3	- 2,8 ^p	- 1,8 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 281	9 520	8 082	8 838	8 694
* Fortgezogene	Anzahl	7 810	7 397	6 949	7 207	7 599
* Wanderungssaldo	Anzahl	2 471	2 123	1 133	1 631	1 095
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 831	13 777	12 367	12 530	13 212
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	134 223	149 782	158 762	151 168	146 144	183 550	179 694	168 762	161 893
* Männer	Anzahl	76 448	87 062	96 563	90 032	85 599	113 598	110 296	100 696	94 501
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	6 870	.	.	10 651	.	.	.	12 274	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 987	.	.	49 426	.	.	.	54 268	.
Arbeitslosenquote	%	8,5	9,4	10,0	9,6	9,2	11,6	11,3	10,6	10,2
Offene Stellen	Anzahl	22 629	22 792	23 042	25 022	26 153	21 449	25 063	25 160	27 880
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	811	.	.	867	.	.	.	651	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 285	.	.	4 170	.	.	.	4 132	.
Kurzarbeiter	Anzahl	6 192	11 817	17 406	18 159	16 431	14 950	14 434	12 229	8 607
Männer	Anzahl	4 677	9 509	14 979	14 915	12 785	12 490	12 197	9 714	6 274
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	12 592	13 585	12 268	13 819	12 703	14 531	12 196	13 190	13 898
* Rinder	t	3 424	3 460	3 225	3 674	2 672	3 807	3 054	3 429	3 553
* Kälber	t	29	31	32	33	28	32	28	47	49
* Schweine	t	9 045	9 995	8 936	10 005	9 840	10 615	9 036	9 598	10 130
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	63 341	64 801	59 380	66 118	66 780	61 582	56 625	63 155	65 779
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 240	2 195	2 210	2 201	2 198	2 164	2 151	2 154	2 154
* Beschäftigte	1000	323	312	314	313	312	305	304	304	304
* Arbeiter ⁸⁾	1000	211	202	204	203	202	196	196	196	196
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	28 089	26 463	26 797	27 236	26 798 ^r	25 944	25 245	25 596	27 703
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 684	1 657	1 515	1 528	1 543	1 538	1 483	1 513	1 551
* Löhne	Mill. DM	921	892	819	819	832	822	794	810	836
* Gehälter	Mill. DM	763	765	696	709	711	716	689	704	715
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 953	8 672	8 174	8 855	9 077 ^r	8 416	8 465	9 044	10 064
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 514	3 537	3 381	3 693	3 984 ^r	3 548	3 633	3 757	4 289
* Exportquote ⁹⁾	%	39,3	40,8	41,4	41,7	43,9 ^r	42,2	42,9	41,5	42,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	7 484	7 259	.	8 187	.	.	.	8 038	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. kWh	8 206	7 989	.	8 759	.	.	.	8 252	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	111	80	.	98	.	.	.	89	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	50	40	.	56	.	.	.	48	.
* schweres Heizöl	1 000 t	60	41	.	42	.	.	.	41	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 147	1 108	1 063	1 102	1 088 ^f	1 136	1 094	1 162	1 173
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	247	243	267	261	246 ^f	255	208	218	213
Öffentliche Energieversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	466	386	496	503	352	446	430
Eigenverbrauch	Mill. kWh	31	27	33	36	28	27	25
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	435	359	464	467	324	419	405
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	85	64	92	91	51	85	85
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,05	0,07	0,09	0,07	0,07	0,03	0,14
Wärmekraft	Mill. kWh	350	295	371	376	274	335	320
Steinkohle	Mill. kWh	119	98	130	141	96	102	85
Erdgas	Mill. kWh	221	186	227	228	175	219	206
Heizöl	Mill. kWh	0,69	1,47	4,06	0,24	0,05	3,04	19,01
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	9	10	6	3	10	10
Stromeinspeisung	Mill. kWh	8	9	10	9	8	12	11
darunter von Betreibern regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	4	6	5	5	5	7	8
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 259	3 393	3 848	3 869	3 145	4 149	3 193
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 575	1 607	2 036	2 047	1 458	1 919	1 376
Stromabgabe an das öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 126	2 154	2 284	2 298	2 021	2 661	2 234
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,62	0,94	2,05	0,35	0,22	1,86	0,14
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 258	5 404	7 285	6 838	4 937	8 445	6 218
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 260	5 403	7 303	6 811	4 806	8 404	6 084
Handwerk ⁶⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	81
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	187
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	51 178	47 225	46 731	47 464	47 447	42 430	41 669	42 775	43 693
Facharbeiter	Anzahl	24 210	25 669	25 206	25 765	25 548	22 962	22 517	23 300	24 030
Fachwerker und Werker	Anzahl	13 822	8 940	8 724	8 789	9 154	7 225	7 043	7 432	7 629
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	5 182	4 707	2 935	4 695	5 299	2 316	3 192	4 242	5 236
davon : Hochbau	1000	3 268	2 982	2 072	3 022	3 284	1 708	2 140	2 662	3 197
Tiefbau	1000	1 914	1 725	863	1 674	2 015	608	1 052	1 580	2 039
davon : Gewerblicher Bau	1000	1 407	1 143	854	1 119	1 187	634	817	1 030	1 251
Hochbau incl. lw. Bau	1000	946	789	636	761	783	518	610	716	853
Tiefbau	1000	461	354	218	358	404	116	207	314	398
Wohnungsbau	1000	2 040	1 878	1 250	1 941	2 160	1 023	1 319	1 672	2 021
Öffentlicher u. Straßenbau	1000	1 735	1 687	831	1 636	1 952	659	1 056	1 540	1 964
Hochbau	1000	282	316	186	320	341	167	211	274	323
Tiefbau	1000	1 453	1 371	645	1 316	1 611	492	845	1 266	1 641
Straßenbau	1000	782	687	269	658	827	175	349	623	873
Löhne und Gehälter	Mill. DM	215	199	157	173	197	160	147	166	185
* Löhne	Mill. DM	169	156	116	133	156	120	109	127	144
* Gehälter	Mill. DM	46	43	41	40	41	40	39	39	40
* Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	631	346	505	573	415	353	479	629

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Meßdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	943	913	938	1 141	929	826	802	1 146	1 146
* mit 1 Wohnung	Anzahl	541	587	598	708	544	568	552	789	787
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	188	200	253	201	145	170	223	240
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	199	139	140	180	184	113	80	134	119
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 252	1 067	1 103	1 355	1 160	1 003	857	1 258	1 319
* Wohnfläche	1000 m ²	225	189	195	234	207	176	152	222	228
* Wohnräume	Anzahl	10 314	8 584	8 768	10 493	9 562	8 170	6 803	10 018	10 250
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	535	461	468	590	504	429	368	542	571
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	3	5	–	–	1	1	6
Unternehmen	Anzahl	120	109	70	75	112	116	130	157	107
Private Haushalte	Anzahl	821	801	865	1 061	817	710	671	988	1 033
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	162	141	141	134	133	131	134	188
* Umbauter Raum	1000 m ³	812	741	859	513	493	513	900	591	764
* Nutzfläche	1000 m ²	132	123	138	90	91	77	110	97	131
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	176	174	162	117	108	97	210	124	183
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	18	9	7	18	11	10	12	23
Unternehmen	Anzahl	144	136	124	125	108	114	116	107	159
Private Haushalte	Anzahl	8	8	8	9	8	8	5	15	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 731	2 141	2 060	2 681	2 448	1 897	1 550	2 320	2 314
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 297	3 153	3 136	3 241	3 244
* EU-Länder ¹⁾	Mill. DM	2 060	1 857	1 936	2 011	1 981
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	244	221	212	226	234
Dänemark	Mill. DM	58	48	44	52	48
Finnland	Mill. DM	26	25	26	25	24
Frankreich	Mill. DM	604	498	603	581	519
Griechenland	Mill. DM	23	23	22	24	19
Großbritannien	Mill. DM	307	276	263	296	304
Irland	Mill. DM	11	13	15	19	18
Italien	Mill. DM	249	231	251	266	253
Niederlande	Mill. DM	208	195	186	180	201
Österreich	Mill. DM	130	127	119	130	138
Schweden	Mill. DM	54	58	53	72	68
Spanien	Mill. DM	123	119	122	115	133
Portugal	Mill. DM	22	23	20	26	23
USA und Kanada	Mill. DM	231	225	226	209	247
Japan	Mill. DM	73	84	75	62	71
Entwicklungsländer	Mill. DM	401	444	423	425	408
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	197	217	166	211	217
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 396	2 249	2 158	2 353	2 334
EU-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 547	1 471	1 386	1 553	1 478
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	245	222	193	229	205
Dänemark	Mill. DM	43	44	32	43	52
Finnland	Mill. DM	10	9	10	7	8
Frankreich	Mill. DM	474	456	467	511	484
Griechenland	Mill. DM	3	3	2	2	4
Großbritannien	Mill. DM	114	102	91	115	102
Irland	Mill. DM	18	20	22	30	22
Italien	Mill. DM	196	165	140	173	180
Niederlande	Mill. DM	216	207	180	196	204
Österreich	Mill. DM	63	65	59	58	66
Schweden	Mill. DM	45	57	95	88	42
Spanien	Mill. DM	96	100	82	79	89
Portugal	Mill. DM	24	22	16	24	20
USA und Kanada	Mill. DM	193	157	166	178	185
Japan	Mill. DM	85	98	93	102	157
Entwicklungsländer	Mill. DM	211	165	179	177	172
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	135	118	118	137

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1995.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einzelhandel²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,0	99,9	99,6	99,7	99,7	99,6	100,2	100,3	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,0	103,4	102,1	102,7	102,9	104,0	105,5	106,3	...
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	101,0	89,2	104,5	105,3	92,5	87,9	97,1	...
Großhandel²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,0	98,8	98,1	99,0	99,1	95,9	96,5	97,3	...
Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	100,6	89,6	89,6	102,4	92,6	90,7	98,7	...
Gastgewerbe²⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	100,0	101,3	93,3	96,1	101,2	96,4	97,3	104,1	...
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,0	104,2	93,9	97,2	103,8	99,6	100,8	108,1	...
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	99,1	81,1	91,0	100,7	77,4	78,3	95,3	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	510	512	294	342	475	261	269	351	...
* Ausländer	1000	103	101	57	62	93	48	56	62	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 775	1 728	1 027	1 151	1 690	828	845	1 143	...
* Ausländer	1000	330	316	184	189	283	132	178	183	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 411	1 336	1 230	1 258	1 245	1 194	1 175	1 397	...
* Güterversand	1000 t	900	788	600	814	808	543	757	858	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 235	15 607	13 339	20 990	19 013	13 446	13 892	20 265	20 573
* Krafträder	Anzahl	981	1 285	572	2 426	2 752	327	1 377	3 100	3 083
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 291	13 313	11 985	17 194	15 091	12 221	11 591	16 001	16 130
* Lastkraftwagen	Anzahl	675	678	531	880	747	655	610	698	862
* Zugmaschinen	Anzahl	171	192	135	269	231	169	185	243	292
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	9 273	9 424	8 847	8 437	8 666	10 487	8 347	8 603	9 126 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 496	1 467	1 078	1 224	1 391	1 064	1 099	1 356	1 419 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	7 777	7 956	7 769	7 213	7 275	9 423	7 248	7 247	7 707 ^p
* Getötete	Anzahl	2 025	1 981	1 516	1 652	1 824	1 483	1 487	1 841	1 931 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	36	31	11	27	27	28	17	31	43 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	23	19	–	19	18	19	13	22	26 ^p
Radfahrer	Anzahl	6	5	9	3	6	1	1	6	7 ^p
Fußgänger	Anzahl	3	2	1	1	1	1	1	2	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	4	4	1	4	1	6	2	1	6 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	494	497	358	402	497	303	381	471	458 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	282	285	238	249	251	215	264	264	...
Radfahrer	Anzahl	84	86	18	55	134	12	37	85	...
Fußgänger	Anzahl	56	52	20	29	52	6	23	50	...
	Anzahl	53	56	63	53	53	52	47	52	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	97	102	104	107	113	115	96	86	120
Angemeldete Forderungen	1000 DM	57 513	67 528	49 773	73 698	80 366	85 662	73 417	47 923	99 900
* Vergleichsverfahren	Anzahl	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. – 2) Vorläufige Ergebnisse. – 3) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	128 532	142 495	·	131 808	·	·	·	145 641	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	126 266	139 651	·	129 482	·	·	·	142 140	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	22 607	24 069	·	23 079	·	·	·	24 561	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 468	23 193	·	21 923	·	·	·	23 666	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 139	876	·	1 156	·	·	·	895	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 208	11 374	·	10 190	·	·	·	11 202	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 759	9 642	·	8 785	·	·	·	9 560	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 449	1 732	·	1 405	·	·	·	1 642	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	93 451	104 208	·	96 213	·	·	·	106 377	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	82 581	90 490	·	84 874	·	·	·	92 680	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 870	13 718	·	11 339	·	·	·	13 697	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	113 430	121 319	·	114 636	·	·	·	120 831	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	20 679	23 913	·	19 587	·	·	·	22 184	·
* Termineinlagen	Mill. DM	40 541	39 399	·	41 013	·	·	·	39 989	·
* Spareinlagen	Mill. DM	52 210	58 007	·	54 036	·	·	·	58 658	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern ⁴⁾	Mill. DM	3 243	3 228	3 563	2 990	2 526	2 802	3 472	3 065	2 375
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 383	1 362	1 503	1 270	808	1 059	1 363	1 377	548
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 123	1 088	1 460	574	944	1 065	1 416	740	796
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	183	182	673	–	–	–	632	–	–
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	46	36	– 121	316	– 185	– 156	– 136	227	– 239
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	56	50	12	21	16	82	10	4	14
* Zinsabschlag	Mill. DM	49	46	101	12	13	127	87	12	12
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	25	23	85	–	–	–	72	–	–
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	110	143	50	347	21	– 57	– 14	393	– 36
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	12	13	71	–	–	–	16	–	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 859	1 865	2 060	1 721	1 719	1 743	2 109	1 688	1 827
* Umsatzsteuer	Mill. DM	685	686	746	548	580	696	810	534	577
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 174	1 179	1 314	1 172	1 138	1 047	1 300	1 154	1 250
* Zölle	Mill. DM	219	201	97	309	266	178	242	198	203
* Bundessteuern	Mill. DM	587	533	115	1 288	458	111	100	314	178
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	493	439	46	1 169	405	20	29	197	127
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	85	56	111	45	82	51	106	43
* Landessteuern	Mill. DM	122	143	163	111	116	118	31	98	100
* Vermögensteuer	Mill. DM	27	40	76	11	11	7	6	7	5
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	60	58	58	66	71	69	54	58	79
* Biersteuer	Mill. DM	8	8	7	7	6	8	7	6	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 4) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996				1997			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	688	772	-	719	-	-	-	...	-
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	9	-	7	-	-	-	...	-
* Grundsteuer B	Mill. DM	140	146	-	134	-	-	-	...	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	462	536	-	489	-	-	-	...	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	-	72	-	-	-	...	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 323	2 127	1 304	2 873	2 757	2 070	1 957	1 716	1 531
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	649	639	707	642	350	549	653	615	351
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 078	945	481	943	1 924	1 407	1 200	787	977
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 070	1 088	1 127	1 099	723	960	960	979	655
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	592	545	598	602	228	448	527	568	179
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	331	372	362	386	303	384	391	313	299
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 112	1 175	-	899	-	-	-	...	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	366	425	-	445	-	-	-	...	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	520	514	-	224	-	-	-	...	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁵⁾	1991 = 100	112,5	114,1	113,7	113,7	113,8	115,2	115,6	115,5	115,3
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,6	109,6	109,4	109,7	109,9	110,5	110,7	110,5	110,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁵⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	115,4	115,3	115,4	-	-	-	114,9	-	-
Löhne und Gehälter ⁷⁾										
Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttostundenverdienste	DM	25,31	25,99	-	-	26,04	26,20	-	-	...
Männliche Arbeiter	DM	26,18	26,84	-	-	26,88	27,10	-	-	...
Facharbeiter	DM	27,77	28,54	-	-	28,55	28,90	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	25,12	25,70	-	-	25,75	25,86	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	22,42	22,61	-	-	22,81	22,52	-	-	...
Weibliche Arbeiter	DM	19,04	19,68	-	-	19,77	19,75	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	18,62	19,06	-	-	19,16	19,07	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,0	38,2	-	-	38,3	37,5	-	-	...
Männliche Arbeiter	Std.	39,2	38,4	-	-	38,6	37,6	-	-	...
Weibliche Arbeiter	Std.	37,5	36,8	-	-	36,3	36,9	-	-	...
Angestellte im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 941	6 131	-	-	6 120	6 175	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	5 363	5 560	-	-	5 551	5 635	-	-	...
männlich	DM	6 309	6 502	-	-	6 500	6 582	-	-	...
weiblich	DM	4 342	4 514	-	-	4 503	4 576	-	-	...
Technische Angestellte	DM	6 397	6 577	-	-	6 565	6 591	-	-	...
männlich	DM	6 552	6 730	-	-	6 722	6 733	-	-	...
weiblich	DM	4 824	5 026	-	-	5 022	5 129	-	-	...
im Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsg.; Kredit- u. Vers.-Gewerbe										
Gewerbe	DM	4 256	4 422	-	-	4 411	4 505	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	4 259	4 409	-	-	4 391	4 492	-	-	...
männlich	DM	4 979	5 104	-	-	5 078	5 174	-	-	...
weiblich	DM	3 657	3 792	-	-	3 775	3 871	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ab 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG. – 5) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 6) Ohne Baunebenleistungen. – 7) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1995.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996					1997		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	66 157	...	66 341	66 345	66 357
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	35 878	35 542 ^{p3)}	11 663 ^{p3)}	16 286 ^{p3)}	25 143 ^{p3)}	39 087 ^{p3)}	13 850 ^{p3)}	16 764 ^{p3)}	22 236 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	63 768	65 726 ^{p3)}	62 151 ^{p3)}	62 047 ^{p3)}	62 627 ^{p3)}	63 283 ^{p3)}	69 878 ^{p3)}	64 631 ^{p3)}	62 318 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 716	73 238 ^{p3)}	96 184 ^{p3)}	81 331 ^{p3)}	75 956 ^{p3)}	73 887 ^{p3)}	83 933 ^{p3)}	75 132 ^{p3)}	70 317 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 948	- 7 512 ^{p3)}	-34 033 ^{p3)}	-19 284 ^{p3)}	-13 329 ^{p3)}	-10 604 ^{p3)}	-14 055 ^{p3)}	-10 501 ^{p3)}	- 7 999 ^{p3)}
Arbeitslose	1 000	2 565	2 796	2 901	2 961	2 869	2 961	3 266	3 257	3 127
Männer	1 000	1 464	1 617	1 722	1 786	1 709	1 720	1 968	1 965	1 853
Arbeitslosenquote	%	9,3	10,1	10,5	10,7	10,4	10,8	11,9	11,8	11,4
Offene Stellen	1 000	267	270	251	277	305	222	252	290	316
Kurzarbeiter	1 000	128	206	213	286	294	158	224	251	210
Männer	1 000	101	171	184	249	252	128	190	212	174
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{3) 6)}										
Beschäftigte	1 000	6 779	6 520	6 606 ^f	6 584 ^f	6 569	6 411 ^f	6 330	6 317	6 309
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	574	540	560	554 ^f	564	475 ^f	525	514	514
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	172 810	173 275	160 610 ^f	162 001 ^f	177 126	176 160 ^f	164 479	164 354	174 657
Auslandsumsatz	Mill. DM	49 032	51 438	46 561 ^f	49 143 ^f	52 748	53 411	51 066	52 796	55 185
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1991 = 100	95,8	95,5	89,5	91,7	98,4	91,6	90,9	92,7	95,8
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	99,7	97,7	93,3	92,7	100,4	87,5	94,8	96,0 ^f	100,0
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	93,3	95,4	84,9	90,1	97,7	104,0	86,4	91,5 ^f	92,0
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	84,6	85,2	82,3	88,8	93,5	73,7	81,8	84,0 ^f	89,9
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	97,2	96,4	93,3	93,9	97,4	88,8	95,6	91,0 ^f	94,2
Öffentliche Energieversorgung ³⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	38 453	40 468	46 362	43 749	44 231	45 513	48 859
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 528 ^f	30 975	34 934	33 806	35 842	35 734	35 406
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{3) 9)}										
Beschäftigte	1 000	1 412 ^f	1 312	1 279	1 221	1 288	1 271	1 144	1 112	1 149
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	146 ^f	130	84	74	115	102	71	88	110
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	19 042 ^f	18 109	10 538	9 679	13 073	23 693	10 238	11 223	13 880
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 679	12 743	10 398	11 736	14 637	10 020	9 728	10 949	13 164
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 152	10 822	8 486	9 878	12 434	8 287	8 341	9 525	11 532
Wohnfläche	1 000 m ²	2 953	2 697	2 396	2 567	3 047	2 261	2 072	2 284	2 651
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 665	2 632	2 117	2 219	2 541	2 069	2 027	2 135	2 382
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 230	32 507	30 265	31 186	36 211	27 775	25 751	28 433	30 406
Handel und Gastgewerbe ^{3) 8)}										
Einzelhandel										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	101,6	102,3	93,2	92,5	105,9	117,6
Großhandel										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	98,5	90,1	90,5	100,7	96,0	92,9	91,6	98,6
Gastgewerbe										
Umsatz ⁷⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	99,9	97,0	81,2	83,5	93,8	93,7	76,7

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Ohne Umsatzsteuer. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996					1997		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	62 461	64 326	59 538	61 129	63 235	66 198	64 246	67 945	...
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	36 326	36 294	35 825	34 730	36 239	38 011	36 820	39 495	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 095	4 009	3 861	3 798	3 895	4 477	4 011	4 223	...
Frankreich	Mill. DM	7 322	7 005	7 223	6 681	6 890	7 426	7 181	7 859	...
Großbritannien	Mill. DM	5 159	5 139	4 955	4 919	5 069	5 398	5 487	5 741	...
Italien	Mill. DM	4 739	4 773	4 867	4 929	5 054	4 737	4 683	5 297	...
Niederlande	Mill. DM	4 760	4 777	4 764	4 305	4 662	5 014	4 600	5 082	...
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 353	55 755	54 326	52 320	56 478	58 461	59 025	58 718	...
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	31 242	30 735	30 944	27 981	30 815	33 913	30 777	33 245	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 664	3 512	3 479	3 132	3 754	3 669	3 238	3 753	...
Frankreich	Mill. DM	6 090	5 920	6 262	5 313	6 398	5 959	6 020	6 681	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	3 802	3 637	3 426	3 579	4 607	3 950	4 084	...
Italien	Mill. DM	4 735	4 584	4 570	4 304	4 344	4 877	4 418	4 803	...
Niederlande	Mill. DM	4 848	4 790	4 809	4 129	4 856	5 847	4 784	5 140	...
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 358	4 675	4 380	4 407	4 441	4 675	4 687 ^r	4 720	4 757 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 299	3 536	3 300	3 315	3 344	3 536	3 529 ^r	3 553	3 576 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 059	1 139	1 080	1 092	1 097	1 139	1 158	1 167	1 181 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 713	2 930	2 700	2 725	2 724	2 930	2 883	2 887	2 912 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	1 046	1 143	1 061	1 074	1 091	1 143	1 150	1 155	1 156 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern ⁵⁾	Mill. DM	48 966	46 997	47 450	39 631	51 245	82 908	46 666	38 188	50 760
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 713	26 484	26 699	17 381	34 952	59 064	25 911	15 679	33 941
Lohnsteuer	Mill. DM	23 558	20 940	23 135	17 764	17 912	38 667	22 090	17 520	17 257
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	1 166	968	- 1 193	- 2 283	7 790	10 128	- 1 514	- 2 905	6 699
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 552	19 767	20 608	22 220	16 285	21 663	20 714	22 419	16 811
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 541	16 698	18 068	18 918	13 421	18 099	18 028	19 150	13 925
Zölle	Mill. DM	593	549	199	723	703	600	457	592	491
Bundessteuern	Mill. DM	11 172	11 489	3 576	12 528	12 459	24 357	4 003	9 638	11 641
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 175	1 196	842	4 677	1 080	632	778	4 552	1 048
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 803	8 115	419	6 261	8 539	19 240	1 146	3 684	7 881
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ^{2) 6)}	1991 = 100	103,1	105,6	103,7	104,6	105,3	105,9	106,7	106,7	107,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ^{2) 6)}	1991 = 100	91,6	91,1	90,8	91,7	92,7	88,9	89,3	89,6	90,9 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1991 = 100	103,7	103,1	103,1	103,1	103,0	103,3	103,7	103,7	103,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	114,9	114,8	-	114,8	-	-	-	114,3	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1991 = 100	115,4	115,3	-	115,4	-	-	-	114,9	-
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	108,9	107,8	-	108,3	-	-	-	106,6	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	112,5	114,1	113,1	113,7	113,7	114,6	115,2	115,6	115,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,6	109,6	108,9	109,4	109,7	109,5	110,5	110,7	110,5
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,4	109,3	108,9	109,0	109,1	109,7	109,6	109,6	109,7
Wohnungsmieten	1991 = 100	121,3	124,8	123,4	123,8	124,0	126,3	126,8	127,1	127,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	101,4	99,6	98,2	98,8	98,7	101,7	103,6	102,3	100,8
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	109,9	110,9	110,6	110,7	110,8	111,2	111,2	111,3	111,4
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	110,6	112,9	111,6	112,0	112,3	113,5	113,6	114,4	114,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	113,0	115,1	114,4	114,7	114,9	115,2	115,5	115,7	115,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	109,8	110,7	110,5	110,7	110,7	111,2	113,2	113,2	113,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	121,7	122,3	118,9	122,4	121,1	122,0	120,4	125,3	124,1

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

Rund 1,1 Mill. Fahrzeuge auf dem Prüfstand

Im Jahre 1996 wurden von den Überwachungsstellen für den Kraftfahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz mehr als 1 Mill. Kraftfahrzeuge und rund 95 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit überprüft. Das sind 3,9 % Kraftfahrzeuge weniger bzw. 15 % Anhänger mehr als im Vorjahr. In 49 % der Fälle wurden von den Prüfern keine Mängel festgestellt, 36 % der Fahrzeuge wiesen geringe und 15 % erhebliche Mängel auf. Rund 1 000 Fahrzeuge waren verkehrsunsicher und mußten stillgelegt werden.

Bei 74 % der untersuchten Fahrzeuge handelte es sich um Personenkraftwagen. Von diesen wiesen mehr als die Hälfte Mängel auf; 866 (0,1 %) mußten aufgrund des Prüfberichts aus dem Verkehr gezogen werden. Von 33 200 geprüften Bussen, Lastkraftwagen und sonstigen Kraftfahrzeugen wurden 59 % beanstandet. Wie auch in den Jahren zuvor schnitten die Krafträder am besten ab. Zwei Drittel von ihnen waren ohne Mängel. schm

**Führerscheinprüfungen:
Rheinland-Pfälzer sind Spitze**

Im Jahre 1996 wurden in Rheinland-Pfalz von den technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr insgesamt 196 659 theoretische und praktische Führerscheinprüfungen abgehalten. Das sind 2 % mehr als im Vorjahr.

Über 80 % der rheinland-pfälzischen Bewerber haben die theoretische Prüfung bestanden, anteilmäßig so viele wie in keinem anderen Bundesland. Auch auf die praktische Prüfung waren die Rheinland-Pfälzer bestens vorbereitet. 77 % der Führerscheinanwärter haben diese erfolgreich abgelegt (Bundesdurchschnitt 74 %). Drei Viertel der Prüfungen betrafen die Klasse 3 (Personenkraftwagen). Rund 18 % entfielen auf die Klassen 1, 1a und 1b (Krafträder und Leichtkrafträder) und 4,7 % auf die Klasse 2 (Lastkraftwagen). schm

Siehe untenstehende Tabelle.

Prüfungen zur Erlangung einer allgemeinen Fahrerlaubnis 1996

Art der Prüfung	Theoretische und praktische Prüfungen			Theoretische Prüfungen			Praktische Prüfungen		
	insgesamt	Erstprüfungen	Wiederholungsprüfungen	zusammen	Erstprüfungen	Wiederholungsprüfungen	zusammen	Erstprüfungen	Wiederholungsprüfungen
Prüfungen insgesamt									
Fahrerlaubnis									
Klasse 1	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Klasse 1a	24 347	23 027	1 320	13 256	12 383	873	11 091	10 644	447
Klasse 1b	11 429	10 095	1 334	6 357	5 390	967	5 072	4 705	367
Klasse 2	9 279	8 402	877	5 027	4 449	578	4 252	3 953	299
Klasse 3	148 037	123 752	24 285	75 646	65 628	10 018	72 391	58 124	14 267
Klasse 4	3 442	3 124	318	1 907	1 661	246	1 535	1 463	72
Klasse 5	124	109	15	124	109	15	-	-	-
Klasse 1 - 5	196 659	168 510	28 149	102 318	89 621	12 697	94 341	78 889	15 452
Bestandene Prüfungen in %									
Klasse 1	100,0	100,0	-	100,0	100,0	-	-	-	-
Klasse 1a	92,1	92,5	85,0	90,0	90,6	81,0	94,6	94,7	92,8
Klasse 1b	84,3	85,0	78,3	79,6	80,6	73,7	90,1	90,1	90,5
Klasse 2	85,9	86,8	77,4	83,4	84,8	73,4	88,9	89,1	85,3
Klasse 3	77,5	79,0	69,9	82,2	83,7	72,2	72,6	73,6	68,3
Klasse 4	86,0	86,8	78,3	81,6	82,8	73,6	91,5	91,3	94,4
Klasse 5	74,2	75,2	66,7	74,2	75,2	66,7	-	-	-
Klasse 1 - 5	80,2	81,7	71,3	83,1	84,5	73,0	77,1	78,5	70,0

kurz + aktuell

5,4 % der rheinland - pfälzischen Haushalte beziehen Wohngeld

95 097 Haushalte bezogen Ende 1996 Leistungen nach dem Wohngeldgesetz, um sich so ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu sichern. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Anzahl der Haushalte um 3,3 %. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch pro Haushalt betrug 210 DM (1995: 201 DM).

Rund 248 Mill. DM wurden im Jahre 1996 von den rheinland - pfälzischen Wohngeldbewilligungsstellen aufgewendet. Das ist eine Steigerung um fast 7 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Anstieg ist damit mehr als doppelt so hoch wie bei den geförderten Haushalten.

56,1 % oder 53 304 Haushalte erhielten, in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße, dem Einkommen und der Miete, „spitz“ berechnetes Wohngeld, davon 47 277 (88,7 %) einen Mietzuschuß zu den Aufwendungen für ihre Mietwohnung, die übrigen einen Lastenzuschuß auf ihr Wohneigentum.

Für Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge wurde an 41 793 Haushalte pauschaliertes Wohngeld gezahlt.

Über ein Drittel der Bezieher von Wohngeld lebten in einem Einpersonenhaushalt. ki

Zwei Drittel der deutschen Rebfläche in Rheinland - Pfalz

45 % der deutschen Weinbaubetriebe mit 65 % der Rebfläche haben ihren Sitz in Rheinland - Pfalz. 68 % der Weinmosternte und 79 % des deutschen Weinexports stammen aus diesem Bundesland. Diese und viele weitere Informationen über den rheinland - pfälzischen Weinbau enthält übersichtlich zusammengefaßt das kürzlich vom Statistischen Landesamt Rheinland - Pfalz herausgegebene Faltblatt mit Daten und Graphiken zum Stand und zur Entwicklung des Weinbaus im größten Weinbaugebiet der Bundesrepublik Deutschland. Informationen über die Struktur der Betriebe mit Rebland, die bestockte Rebfläche, die Weinmosternte, die Weinbestände und den Weinexport ergänzen die Daten. Hinzu kommen graphische Darstellungen über die langjährige Entwicklung der Erträge und der wichtigsten Rebsorten sowie ein Überblick über die Größe der einzelnen Anbaugebiete und Bereiche.

Das Faltblatt kann gegen eine Schutzgebühr von 50 Pfennig beim Statistischen Landesamt Rheinland - Pfalz, Mainzer Straße 14 - 16 in 56130 Bad Ems, Telefax 02603 / 71315, bestellt werden. Bei Bestellung von höheren Stückzahlen reduziert sich der Stückpreis ab 100 Exemplaren auf 25 Pfennig und ab 500 Exemplaren auf 20 Pfennig. hü

Neuerscheinungen auf einen Blick:

STATISTISCHE BERICHTE

Landwirtschaft Ernteberichterstattung über Gemüse und Obst im Mai 1997

Viehbestand im Dezember 1996

Schweinebestand Anfang April 1997

Wirtschaft, Verkehr, Fremdenverkehr

Bauhauptgewerbe im April 1997

Ausbaugewerbe im 1. Quartal 1997

Öffentliche Elektrizitäts- und Gasversorgung im Februar 1997

Baugenehmigungen im März 1997

Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel und im Gastgewerbe im Jahre 1996

Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel und im Gastgewerbe im März 1997

Aus- und Einfuhr im November 1996

Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1996

Straßenverkehrsunfälle im Februar 1997

Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1. Januar 1997

Luftverkehr im Jahre 1996

Soziale Leistungen

Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1995

Finanzen und Steuern

Haushaltsansätze der Gemeinden und Gemeindeverbände 1997

Preise

Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Mai 1997

Verbraucherpreise im April 1997

Löhne und Gehälter

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Januar 1997

Bruttajahresverdienste in Industrie und Handel 1996

Auskunft über die Neuerscheinungen erhalten Sie durch unseren Vertrieb (Telefon 02603 / 71245), der auch Bestellungen entgegennimmt. mü

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.